

CHRISTLICH-SOZIALE  
IM DGB

Hanns Jürgen Küsters  
Rudolf Uertz (Hrsg.)

ISBN 978-3-941904-65-1

IM  
PLENUM



[www.kas.de](http://www.kas.de)



## INHALT

- 5 | VORWORT DER HERAUSGEBER
- 9 | ZUR IDEE DER EINHEITSGEWERKSCHAFT  
*Ingrid Sehrbrock*
- 19 | DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE  
ARBEITNEHMERSCHAFT UND DER DGB –  
HISTORISCHE ASPEKTE IHRER BEZIEHUNGEN  
*Rudolf Uertz*
- 39 | DIE CHRISTLICH-SOZIALEN UND DIE  
EINHEITSGEWERKSCHAFT – AM BEISPIEL DER  
KATHOLISCHEN ARBEITNEHMERBEWEGUNG (KAB)  
*Joachim Zimmermann*
- 53 | WEGE, EINFLUSSMÖGLICHKEITEN UND PROBLEME  
CHRISTLICH-SOZIALER IM DGB  
*Volker Scharlowsky*
- 65 | CHRONOLOGIE ZUR ENTWICKLUNG DER EINHEITS-  
GEWERKSCHAFT
- 68 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

Print  geprüft



*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln  
Karikatur (Seite 7): Jupp Wolter, Haus der Geschichte der Bundesrepublik  
Deutschland  
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim  
Printed in Germany  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland*

ISBN 978-3-941904-65-1

## VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Christlich-Sozialen, wie die christlichen Arbeitnehmer in Gewerkschaften, Unionsparteien und in den kirchlichen Arbeiterverbänden zumeist genannt werden, haben an der Grundlegung und Sicherung der freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland wesentlichen Anteil. Vor allem die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft sowie der Aufbau und die Sicherung der Gewerkschaftsarbeit und der Sozialordnung standen und stehen im Zentrum ihres Wirkens.

Mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Oktober 1949 in München hatten Bemühungen Erfolg, die christlichen, sozialistischen und liberalen Richtungsgewerkschaften der Jahre vor 1933 zur Einheitsgewerkschaft zusammenzuführen und diese zu einer kraftvollen Bewegung auszubauen. Grundlage und Orientierung bieten den seit 1945/46 in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) organisierten Christlich-Sozialen das christliche Menschenbild und die Leitideen der christlichen Sozialethik.

Mit ihrem Engagement für eine zeitgerechte und sozialverträgliche Arbeitnehmerpolitik und Gewerkschaftsarbeit stehen die Christlich-Sozialen grundsätzlich im Interessenkonflikt zwischen den Zielen der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels der CDU und CSU einerseits und der Programmatik und Willensbildung der DGB-Gewerkschaften andererseits. Als besondere Leistung der Christlich-Sozialen ist der Umstand zu würdigen, dass sie entschieden und erfolgreich für eine faire Arbeits- und Sozialpolitik eintreten, die den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft entspricht.

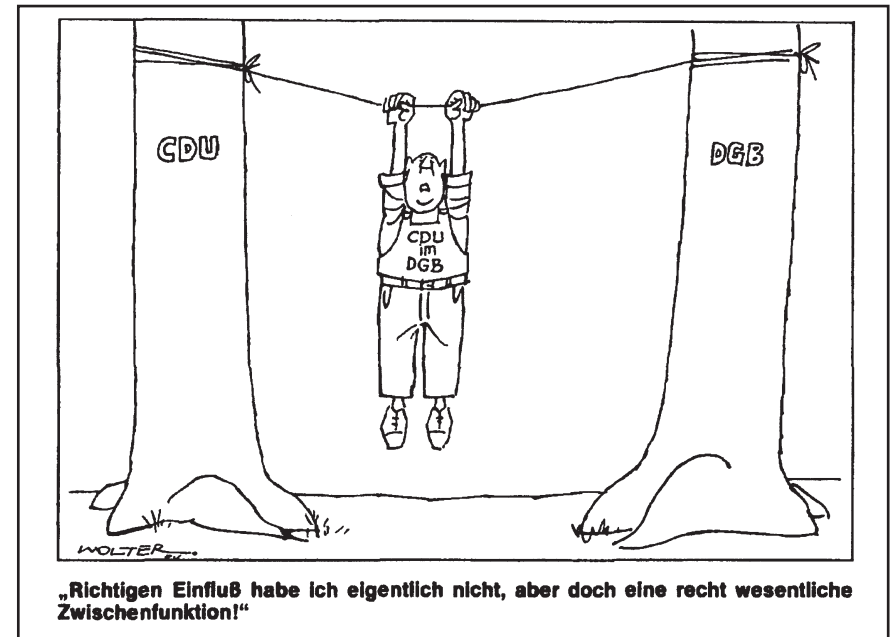
Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung hat am 27. November 2008 in Sankt Augustin ein Zeitzeugengespräch zum Thema „Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen“ durchgeführt. Die vorliegende Publikation dokumentiert die Bei-

träge dieser Veranstaltung, die sich den vielfältigen Aspekten der Einheitsgewerkschaft (Ingrid Sehrbrock), den theoretischen und entwicklungsgeschichtlichen Grundlagen der CDA und des DGB (Rudolf Uertz), den Beziehungen und Konflikten zwischen Katholischer Arbeitnehmer-Bewegung, CDA und DGB (Joachim Zimmermann) sowie der christlich-demokratischen Arbeitnehmerpolitik in der Interessenkoordinierung zwischen DGB, Einzelgewerkschaften und Parteien (Volker Scharlowsky) widmet.

Den Autoren danken wir herzlich für ihre Beiträge und Anregungen.

Sankt Augustin, im Juni 2010

Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters      Prof. Dr. Rudolf Uertz



# ZUR IDEE DER EINHEITSGEWERKSCHAFT

*Ingrid Sehrbrock*

Es ist und bleibt ein Balanceakt, gleichzeitig Gewerkschafterin sowie Mitglied der CDA und der CDU zu sein. Über Jahre hinweg konnte ich meine Vorgängerin im DGB-Bundesvorstand, Irmgard Blättel, beobachten, wie sie diesen Spagat bewerkstelligte. Auch die Auseinandersetzungen in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) konnte ich hautnah miterleben. Am deutlichsten war dies bei den Diskussionen um den § 218 StGB. Zwischen der CDU-Position, den Gewerkschaftsbeschlüssen und der Frauenbewegung war die Spannbreite groß. Auch bei den Auseinandersetzungen um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), bei denen es um die Finanzierung von Arbeitskämpfen ging, wie auch bei den diversen Rentenreformen von Norbert Blüm, war es ähnlich.

## **GEWERKSCHAFT UND CDA**

Man muss in diesen Situationen entscheiden, was Vorrang haben soll: die gewerkschaftliche Position oder die Partei- bzw. die CDA-Position. Für Irmgard Blättel als Gewerkschafterin waren es in der Regel die gewerkschaftlichen Beschlüsse, die sie mittrug. Anders hingegen war es bei den Diskussionen um den § 218 StGB. Die Gewerkschafter-

rinnen verlangten in ihrer großen Mehrheit die ersatzlose Streichung. Irmgard Blättel, die im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand das Frauenreferat leitete, plädierte beim Bundesfrauenkongress des DGB Mitte der 1980er Jahre für die Gewissensfreiheit, und sie war die Einzige, die begründete, warum sie einer ersatzlosen Streichung des § 218 StGB nicht zustimmen konnte. Solche Entscheidungen erfordern Courage und Stehvermögen, beides muss man Irmgard Blättel bescheinigen. Das hat zwar ihrer Wahl in den DGB-Bundesvorstand nicht geschadet; aber die CDA wählte sie 1987 nicht mehr in den Bundesvorstand – und zwar in Unkenntnis der Sachlage.

Die Aufgabe der Christlich-Sozialen im Vorstand des DGB oder in einer Gewerkschaft ist nicht leicht, und diese Aufgabe wird auch in Zukunft nicht leichter werden. Der DGB ist der Bund von heute acht Gewerkschaften, die ihre Positionen in ihren jeweiligen Hauptvorständen festlegen. Aufgabe des DGB als Dachverband der Gewerkschaften ist es, die durchaus unterschiedlichen Positionen der Einzelgewerkschaften – so zum Beispiel beim Mindestlohn, bei der Ausbildungsplatzumlage oder beim Rentenversicherungsmodell – zu einer einheitlichen Position des DGB zu vereinen und gegenüber der Bundesregierung und anderen zu vertreten; auch dann, wenn die Spannweite der Lösungsvorschläge in den Gewerkschaften breit ist und die Positionen – etwa bei der Ausbildungsplatzumlage – von vehementer Einforderung bis zur Ablehnung reichen.

In all diesen Meinungsbildungsprozessen soll auch die Idee der Einheitsgewerkschaft praktisch werden, das heißt: Die politische Mehrheit in den Gewerkschaften und im DGB soll nicht einfach die Linie bestimmen und bestimmen können, ohne die Position der gewerkschaftlichen Minderheiten) auch nur ansatzweise zu berücksichtigen. Dies sei hier deshalb so ausführlich erläutert, um die Kompliziertheit und Komplexität gewerkschaftlicher und politischer Willensbildungsprozesse deutlich zu machen.

### **DAS MODELL EINHEITSGEWERKSCHAFT**

Wie wenig die Hintergründe für die Entscheidung zugunsten des Modells der Einheitsgewerkschaft in Gewerkschaften und Wissenschaft präsent sind, zeigt beispielsweise ein Beitrag von Anke Hassel (Bremen). Es trifft keineswegs zu, dass nur die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zur Neuorganisation der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg geführt habe, wie dies Anke Hassel vermutet.<sup>1</sup> So sah

schon die Generation der christlichen Gewerkschafter Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Einheit der Gewerkschaften den höheren Wert. Adam Stegerwald schrieb 1908: Haben sich „die Sozialdemokraten (von) ihren religionsfeindlichen Tendenzen emanzipiert, (...) so liegt keine Ursache vor, diese separaten Gründungen aufrechtzuerhalten“.<sup>2</sup>

Und der spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) forderte die Einheit der Arbeiterbewegung, damit ihr Erfolg gesichert werde. Freilich – so Brauns – behinderten die Religionsfeindlichkeit und der Wille zum Klassenkampf den Zusammenschluss. Die praktische Zusammenarbeit der Richtungsgewerkschaften etwa in der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (ZAG) beförderte die Einheit ebenso wie schon zuvor die Abwehr radikaler Kräfte bei der Revolution 1918/19 und beim Kapp-Putsch 1920, bei dem rechtsgerichtete Kreise gegen die Republik putschten. Klärende Vorarbeiten für die Einheitsgewerkschaft wurden zum Teil noch in der Illegalität, der Zeit zwischen 1933 bis 1945, getroffen.

Zur Idee der Einheitsgewerkschaft möchte ich zwei Anmerkungen machen. Die erste betrifft den Umstand, dass sie die großen politischen Strömungen der christlichen Demokratie, der Sozialdemokratie und der Liberalen unter einem Dach vereint. Die Einheitsgewerkschaft ist damit ein Gegenmodell zu den Richtungsgewerkschaften, wie sie beispielsweise in Frankreich üblich sind. Diese Idee der Zusammenführung der verschiedenen parteipolitischen Strömungen war ein wichtiges Motiv der Gründerinnen und Gründer der Einheitsgewerkschaft des DGB nach 1945. Zum anderen möchte ich eine Anmerkung zum Industrieverbandsprinzip machen. Dieses besagt: ein Betrieb – eine Gewerkschaft. Auch hierbei handelt es sich um ein Gegenmodell zu anderen Gewerkschaftsvorstellungen, etwa denen in Großbritannien.

### **GRÜNDUNG DER EINHEITSGEWERKSCHAFT**

Mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 gingen Vorstellungen in Erfüllung, wie sie u. a. Adam Stegerwald, Jakob Kaiser und Otto Müller von den bis 1933 bestehenden Christlichen Gewerkschaften sowie Wilhelm Leuschner und Carl Legien von sozialdemokratischer Seite formuliert hatten.<sup>3</sup> Leider wird der Anteil der Christlich-Sozialen an der Gründung und Entwicklung der Einheitsgewerkschaft in den Medien wie

auch in den wissenschaftlichen Darstellungen nicht immer oder überhaupt nicht gewürdigt, was teilweise aus Unkenntnis der deutschen Nachkriegsgeschichte geschieht.

Trotz der bis ins Jahr 1933 zurückreichenden Vorarbeiten und trotz längerer Vorbereitung hatten die Gründer der Einheitsgewerkschaft nicht daran gedacht, wie ein Mitbestimmungs- und ein Mitsprachrecht der Minderheit der christlich-sozialen Gewerkschafter gesichert werden kann. Die Einheitsgewerkschaft kann jedenfalls nur auf der Grundlage von Toleranz, Respekt und parteipolitischer Unabhängigkeit existieren.

Das Modell der Einheitsgewerkschaft gibt es außer in Deutschland und in Österreich (Österreichischer Gewerkschaftsbund, ÖGB) meiner Kenntnis nach sonst nirgendwo in Europa und anderen Erdteilen. In anderen Ländern finden sich meist mehrere Dachorganisationen, die unterschiedliche politische Richtungen repräsentieren, das heißt linke, eher sozialdemokratisch ausgerichtete und christliche Gewerkschaften. In Indien z. B. gehört zu den vielen Parteien – 1998 waren es 789 an der Zahl – in der Regel jeweils auch eine Gewerkschaft oder eine gewerkschaftliche Dachorganisation, die viele Gewerkschaften vereint. So gibt es dort ca. 1.000 Gewerkschaften mit durchschnittlich 60.000 Mitgliedern.

Was die Bundesrepublik Deutschland auszeichnet, ist der Umstand, dass es hier eine überschaubare Zahl von Gewerkschaften gibt. Wahrgenommen werden in der Öffentlichkeit meist der DGB und seine Einzelgewerkschaften sowie der Deutsche Beamtenbund (DBB). Deutsche Gewerkschaften gelten im internationalen Vergleich als einflussreich, stark und wohlhabend. Die Mitgliederzahlen der im DGB vertretenen Gewerkschaften sind in den vergangenen zehn Jahren von 8,2 Millionen auf 6,4 Millionen im Jahr 2008 gesunken. Der Rückgang hat zum einen mit der Altersstruktur zu tun, zum anderen aber auch damit, dass über Jahre hinweg in Tarifverträgen kaum noch nennenswerte Lohnsteigerungen erreicht wurden. Gewerkschaften hielten sich lange Jahre mit ihren Lohnforderungen zurück. Erst als die Gewerkschaften wieder nennenswerte materielle Erfolge erzielten, stieg auch die Zahl der Mitglieder wieder an. Bei Jugendlichen ist das Ansehen der Gewerkschaften weit größer als bei Erwachsenen. 30 Prozent der Neumitglieder sind junge Menschen unter 27 Jahre, obwohl der Durchschnitt der Jugendlichen in den Gewerkschaften nur bei 8 Prozent liegt.

## ERWARTUNGEN AN DEN DGB

Eine Agentur, die für den DGB aktuelle Befragungen hinsichtlich der Erwartungen durchführt, die an die Gewerkschaft gerichtet sind, kam zu folgenden Ergebnissen: Der DGB soll

- parteipolitisch neutral sein,
- sich mittig positionieren,
- keinen Linksdrahl haben,
- in den relevanten Politikfeldern klar, pointiert und kämpferisch Position beziehen,
- keine Wahlempfehlungen aussprechen, jedoch Stellungnahmen aus Gewerkschaftsperspektive abgeben,
- Bewertungen der Parteiprogramme vornehmen, orientiert an Forderungen aus der Arbeitnehmerperspektive.

Der DGB ist demnach also der Stachel im Fleisch der Politik.

Der DGB soll und will parteipolitisch unabhängig sein. Das finden gerade junge Menschen sehr wichtig. Es geht darum, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und das Beste für die Gewerkschaftsmitglieder herauszuholen, gleich welche demokratisch legitimierte Parteienkonstellation gerade die Regierung bildet.

So gut die Absicht der Gründer der Einheitsgewerkschaft war, so wenig eignet sich die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften fürs Bilderbuch. Offenbar ging man bei der Gründung auch etwas blauäugig ans Werk. Das Modell der Einheitsgewerkschaft ist nämlich weder in den Grundsatprogrammen noch in der Satzung des DGB näher konkretisiert. Im Grundsatzprogramm des DGB von 1996 findet sich folgende Aussage: „Der Zusammenschluß vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen der Gewerkschaften in der Einheitsgewerkschaft, auf der Basis gleicher Interessen, gemeinsamer Grundwerte und gegenseitiger Toleranz, war und ist die Voraussetzung für Durchsetzungsvermögen und Gestaltungskraft. Wir wollen diese Vielfalt in der Einheit erhalten und weiter ausbauen. Darauf gründet sich unser Anspruch, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen.“<sup>4</sup>

## DIE DEFINITION VON EINHEITSGEWERKSCHAFT

Um die Definition von Einheitsgewerkschaft wurde bei jeder Neuformulierung des DGB-Grundsatzprogramms hart gerungen. Es gab viele Vorarbeiten in allen Gewerkschaften und harte Auseinandersetzungen. Auch Oswald von Nell-Breuning hat zu dieser Frage Stellung bezogen. Die Vertretung von Mitgliedern der Christlich-Sozialen ist jedoch nirgendwo festgeschrieben; sie beruht, wenn man so will, auf der Tradition des DGB und der Gewerkschaften.<sup>5</sup> Die Wirklichkeit der Einheitsgewerkschaft ist immer auch von den jeweils Verantwortlichen an der Spitze des DGB und der Einzelgewerkschaften abhängig.

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Hauptamtlichen der Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften und im DGB kontinuierlich gesunken. In einigen Bezirken, etwa in Sachsen und Baden-Württemberg, konnte in Einzelfällen gezielt gegengesteuert werden; in Nordrhein-Westfalen ist das Problem grundsätzlich erkannt, das Ergebnis ist aber noch nicht befriedigend.

Theoretisch ist durch das Bekenntnis verschiedener Grundsatzserklärungen des DGB zur Einheitsgewerkschaft als parteipolitisch unabhängiger Organisation dieses Problem gelöst. Die praktische Handhabung dieser Frage im politischen Alltag ist jedoch schwieriger. Ohne Zweifel lagen in der Vergangenheit Gewerkschaftsbeschlüsse näher an sozialdemokratischen Positionen. Was immer in den Geruch christlich-demokratischen Gedankenguts kam, erhielt schnell den Stempel der Parteipolitik. Seit der Agenda 2010 der rot-grünen Koalition ist dieser Mechanismus jedoch aufgebrochen. Mein Eindruck ist, dass die Bemühungen des DGB, sich ernsthaft auch mit Positionen anderer Parteien auseinanderzusetzen, gewachsen sind.

## EINHEITSGEWERKSCHAFT IN DER PRAXIS

Die Idee der Einheitsgewerkschaft muss auch gelebt werden. Dazu gehört im Besonderen der Umgang mit Minderheiten. Ihre bloße Duldung ist für eine Gewerkschaft zu wenig; Minderheiten müssen auch gefördert werden, sonst ist die Einheitsgewerkschaft irgendwann ausgestorben, wie die Dinosaurier. Eine Nachwuchsförderung von jungen Menschen aus den Reihen der Christlich-Sozialen für die Gewerkschaftsarbeit macht aber nur Sinn, wenn es den erklärten Willen an den Spitzen der Gewerkschaften gibt, ihnen auch eine echte Chance einzuräumen.

Bisher gleichen die meisten Einstellungsverfahren beim DGB eher dem Verhalten einer Katze, die sich in den Schwanz beißt. Weil Christliche Demokraten eher geringe oder gar keine Chancen in den DGB-Gewerkschaften sehen, schlagen sie eine entsprechende Ausbildung oder Beschäftigung meist aus. Und weil es sehr wenige Christlich-Soziale auf den unteren Ebenen in Gewerkschaften und DGB gibt, sind Kandidatinnen und Kandidaten in Führungspositionen dünn gesät. So sind es oft genug Seiteneinsteiger, die mit CDA-Erfahrung, aber ohne Gewerkschaftsbiografie und ohne den nötigen Stallgeruch, diese Aufgaben übernehmen.

Allerdings müssen Minderheiten ihre Spielräume auch nutzen. Nachwuchsförderung ist eine wichtige Aufgabe, auch für die Christlich-Sozialen. Eine gewerkschaftliche Werbekampagne in der CDU wäre daher in Zukunft angezeigt. Der christlich-soziale Flügel ist schließlich ein Wesensbestandteil der Christlich-Demokratischen Union; und er repräsentiert – weit über die Mitgliederzahlen der CDA hinaus – einen beträchtlichen Teil der deutschen Arbeitnehmerschaft, ohne den die CDU nicht den Anspruch einer Volkspartei erfüllen würde.

Der seit einigen Jahren übliche DGB-Stand auf den CDU-Parteitagen wird zunehmend positiv aufgenommen. Immer wieder kommen Delegierte und zeigen sich erfreut, dass die Gewerkschaften und die christlich-sozialen Werthaltungen in der Partei präsent sind. Umgekehrt finden auch Christliche Demokraten, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind, Gewerkschaftstage interessant, weil sie hier in eine ganz eigene Kultur eintauchen und selbst erleben können, wie um gute Lösungen für die Arbeitnehmerschaft und die Gesellschaft gerungen wird.

Die Gewerkschaften und der DGB müssen sich meines Erachtens künftig stärker auf Kernaufgaben konzentrieren. Aus Umfragen wissen wir, dass Mitglieder und Nichtmitglieder all das wichtig finden, was mit Arbeit zu tun hat. Hier werden die Gewerkschaften als fachlich kompetent und erfolgreich wahrgenommen. Beschränkung und Konzentration wären insofern wichtig. Und es dürfte lohnenswert sein, die spezifischen Arbeitnehmerinteressen stärker zu identifizieren und konstruktiv aufzugreifen. „Alles zu wollen heißt: nichts zu wollen“, wie es der Sozialethiker und Gewerkschaftstheoretiker Theodor Brauer einmal formuliert hat, ist ein grundsätzliches Gewerkschaftsdilemma.



## GEWERKSCHAFTEN UND PARTEIEN

Bei meinem Thema komme ich nicht umhin, auch die Frage der Wahlempfehlungen anzusprechen. Seit einigen Jahren klingen diesbezüglich die Töne etwas anders als früher. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat sich seit Jahren deutlich zur Einheitsgewerkschaft bekannt und auf allen Ebenen des DGB und in den Gewerkschaften dafür geworben, keine Wahlempfehlungen auszusprechen. Vor der Bundestagswahl wurden die Spitzenkandidaten der großen Parteien – getrennt nach ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit – in den Bundesvorstand eingeladen, und sie folgten dieser Einladung. Schwierig waren die Kontaktnahmen in den Einzelgewerkschaften, wo der Arm des DGB nicht hineinreicht. Es ist offenbar, dass Wahlempfehlungen sich eher negativ auf das Image der Gewerkschaften und des DGB auswirken. Wie sollten auch Organisationen eine Wahlempfehlung rechtfertigen für Wähler, die sich zugutehalten, mündige Bürger zu sein – Bürger, die keine Bevormundung wollen und brauchen? Und was die Kirchen schon in den 1980er Jahren abgeschafft haben, sollte nun auch für die Gewerkschaften Normalität werden.

Unabhängigkeit ist nicht zuletzt auch deshalb geboten, um nicht den Gesprächsfaden zwischen allen politischen Akteuren durchzuschneiden. Nach der einseitigen Parteinahme der Gewerkschaften und des DGB für die SPD bedurfte es längerer Aufräumarbeiten. Mühsam musste ein Vertrauensverhältnis zwischen CDU und CSU und den Gewerkschaften wieder aufgebaut werden. Es spricht einiges dafür, dass sich deren Verhältnis zueinander bessert.

Die Bürger brauchen und wollen keine Wahlempfehlungen und was immer in der Vergangenheit von führenden Repräsentanten an Wünschen und Vorstellungen an sie herangetragen wurde – die Mitglieder der Gewerkschaften entscheiden sich ohnehin für das, was sie für richtig halten: 25 bis 35 Prozent von ihnen entschieden sich bei Wahlen für die CDU und CSU. Im Übrigen gehört der größte Teil der Mitglieder keiner Partei an. Dies lässt sich leicht an den Zahlenverhältnissen feststellen: Die CDU hat ca. 536.000, die CSU 166.000 und die SPD 530.000 Mitglieder. Den Gewerkschaften des DGB gehören derzeit ca. 6,5 Millionen Mitglieder an.

Auch für die kommenden Wahlkämpfe ist die Ankündigung des DGB deutlich: Keine Parteipolitik, auch nicht durch die Auswahl oder Vorgabe von Themen für die Bundestagswahl, die eine klare Priorität für die eine oder andere Partei nahelegen.

Mitglieder von Vorständen der DGB-Gewerkschaften, die einer Partei angehören, haben auch die Pflicht, Brücken zu bauen zu den Parteien und den Fraktionen. Ich habe den Eindruck, dass die Große Koalition nicht die schlechteste Konstellation war, dies ausgiebig zu praktizieren.

Seit einiger Zeit finden ziemlich regelmäßig Gespräche zwischen den Spitzen des DGB und der CDU statt; kürzlich trafen sich Vertreter der CDU und der IG Metall zu einem Gespräch. Der Vorsitzende des DGB hält die Kontakte zu den Spitzen beider großen Parteien. Wir sprechen auch mit den kleineren Parteien im Bundestag, auch wieder mit der FDP.

Was die Perspektive seitens der CDU betrifft, so hat sich die Situation merklich entspannt: Die Gewerkschaften werden gehört und als wichtige Gesprächspartner angesehen. Die Fachleute in den Gewerkschaften genießen inzwischen eine hohe Anerkennung. Es existiert ein reger Informationsaustausch und es gibt Unterstützung, aber auch klare Abgrenzungen dort, wo die Positionen weit auseinander liegen.

In Zeiten von Wahlkämpfen geht es meist etwas härter zu. Aber auch das gehört zum normalen politischen und demokratischen Prozess, der selbstredend durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Beteiligten begleitet wird. Die Christlich-Sozialen sind dabei überall in einer Minderheitsposition. Ich werde oft gefragt, wie es mir im DGB ergeht. Und ich antworte: So lange ich denken kann, gehören Menschen wie ich einer Minderheit an: in der CDU, in den Gewerkschaften, im DGB und auch in den Kirchen.

## FAZIT

In der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft habe ich früh gelernt, dass man auch aus der Minderheitsposition heraus Interessen durchsetzen kann. Man braucht Geduld, gute Argumente, einflussreiche Mitstreiter. Und man braucht Mehrheiten und günstige politische Konstellationen. Und gelegentlich braucht man auch Glück.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die parteipolitisch nicht neutral, wohl aber unabhängig sein will und dies auch offensiv vertritt, hat gute Chancen, wirklich die Vertreterin aller Arbeitnehmer zu werden. Das erfordert in der Praxis und in der Theorie ein hohes Maß an Toleranz, ferner auch fundierte Kenntnisse von der Struktur, der Geschichte und der Programmatik der Gewerkschaften. Dazu kann die vorliegende Publikation, die parallel zur Ausstellung und zum Ausstellungskatalog „Christlich-Soziale im DGB“ anlässlich des 60. Jubiläums des Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint, einen Beitrag leisten.

- 1| *Anke Hassel: Die Erosion der gewerkschaftlichen Lobbymacht, Bremen 2005 (Typoskript: [http://www.hertie-school.org/binaries/addon/330\\_die\\_erosion\\_der\\_gewerkschaftlichen\\_lobbymacht.pdf](http://www.hertie-school.org/binaries/addon/330_die_erosion_der_gewerkschaftlichen_lobbymacht.pdf)).*
- 2| *Vgl. Jakob Kaiser: Zur Frage der Einheitsgewerkschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), S. 1.*
- 3| *Vgl. hierzu den Beitrag von Rudolf Uertz in diesem Band.*
- 4| *Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom November 1996, hg. vom DGB-Bundesvorstand, Berlin 1996, S. 4.*
- 5| *Der DGB hat die Vertretung faktisch durch Hans Böckler (1947–1949 Vorsitzender des DGB der britischen Zone; 1949–1951 Vorsitzender des DGB) bei der Ersten Reichstagung der gesamtdeutschen Sozialausschüsse 1947 in Herne anerkannt. 1972 wurde die Position durch einen Brief von Heinz-Oskar Vetter (1969–1982 Vorsitzender des DGB) an die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter zur innergewerkschaftlichen Toleranz sowie durch den Brief der Arbeitsgemeinschaft an den DGB-Bundesvorstand (1976) bekräftigt.*

## DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE ARBEITNEHMERSCHAFT UND DER DGB

HISTORISCHE ASPEKTE IHRER BEZIEHUNGEN

*Rudolf Uertz*

Zusammen mit der Entscheidung für die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes und für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Sozialordnung zählt die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 13. Oktober 1949 in München als Einheitsgewerkschaft zu den wichtigsten Grundlagen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des Wiederaufstiegs Deutschlands unter die führenden Wirtschaftsnationen. Als stabilisierender, befriedender und zugleich innovativer Effekt erwies sich der Zusammenschluss der vor 1933 bestehenden Richtungsge-  
werkschaften, d. h. des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des christlich orientierten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)<sup>1</sup> und der sozialliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zur Einheitsgewerkschaft DGB. Auf der Grundlage des Industrieverbandsprinzips ein Betrieb – eine Gewerkschaft – sollte die frühere Spaltung überwunden werden. Dennoch etablierten sich neben dem DGB als Dachverband von zunächst 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), der zahlenmäßig schwache Deutsche

Handels- und Industrieangestellten-Verband sowie der mitgliederstarke Deutsche Beamtenbund (DBB); später kam der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) hinzu.

Zweifellos stellt der DGB zusammen mit den Einzelgewerkschaften als mitgliederstarkes Organisationsgeflecht eine machtvolle Bewegung dar. Aber bezüglich der Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern und den parteipolitischen und staatlich-administrativen Lenkungs- und Entscheidungsträgern ergeben sich für die Gewerkschaftsbewegung eine Vielzahl von Problemen und Konfliktfeldern. Der relativen Einheitlichkeit und der arbeits- und gesellschaftspolitischen Kraft des DGB als Dachverband steht innergewerkschaftlich der Umstand entgegen, dass sich zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und dem Minderheitsflügel der Christdemokraten immer wieder Reibungsflächen ergeben.

### **CDA UND DGB – EIN FORSCHUNGSDESIDERAT**

Das Thema Christlich-Soziale<sup>2</sup> im DGB ist – ebenso wie die Geschichte der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) – noch nicht ausreichend erforscht. Es gibt drei einschlägige Arbeiten, die aus verschiedener Perspektive das Verhältnis von Christlich-Sozialen, DGB-Gewerkschaften und CDU behandeln, die im Wesentlichen nur die Entwicklung bis 1953, 1960 bzw. 1966 betreffen: Herlind Gundelach legt in ihrer Arbeit von 1983 das Schwergewicht auf das Verhältnis von Christlich-Sozialen zu DGB und CDU.<sup>3</sup> Diese Studie wurde als Dissertationsdruck ebenso wenig im Buchhandel vertrieben wie die Untersuchung von Helene Thiesen aus dem Jahre 1988, die sich mit der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf die Gewerkschaftsfrage befasst. Sie sieht die christliche Gewerkschaftsarbeit teilweise zu stark unter dem Gesichtspunkt antireligiöser Ressentiments der Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften.<sup>4</sup>

In den Jahren 1990 und 1992 legte Wolfgang Schroeder – zum Teil in kritischer Auseinandersetzung mit der genannten Untersuchung von Helene Thiesen – zwei umfangreiche Arbeiten zu unserem Thema vor.<sup>5</sup> Er konnte in seinen Arbeiten Interviews verwerten, die er u. a. mit so gewichtigen Persönlichkeiten wie den DGB-Gewerkschaftern Bernhard Tacke, Maria Weber,<sup>6</sup> Adolf Müller und Rudi Nickels führte. Er interviewte ferner die Vertreter der Christlich-Sozialen Kollegenschaft<sup>7</sup> im DGB, Franz Heckhausen und Hermann Pieperhoff sowie den Vorsitzenden der CDA,

Hans Katzer; er sprach mit den katholischen Arbeitnehmervertretern Bernhard Winkelheide, Heiner Budde und Josef Hofmeister, ferner mit den bekannten Journalisten Walter Dirks und Alfred Horné sowie mit dem Sozialwissenschaftler Theo Pirker. Schließlich führte er auch ausführliche Gespräche mit den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und Franz Prinz, die als katholische Sozialethiker bis in die 1960er Jahre beträchtlichen Einfluss auf die Christlich-Sozialen im DGB ausübten.

Schon die genannten Interviewpartner und die herangezogenen Quellen deuten das Gewicht der Arbeiten von Schroeder an. Zweifellos hat er mit seinen beiden Publikationen das Thema CDA – DGB – Sozialkatholizismus zumindest für den Zeitraum 1945 bis 1960 am umfassendsten behandelt. Kritisch wird man gegenüber Schroeder anmerken müssen, dass er in seinen Untersuchungen zum Teil christlich-sozialethische und kirchliche Aspekte der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter so stark ins Zentrum gerückt hat, dass er folglich durch die theologisch-kirchlichen Umbrüche im Katholizismus und den katholischen Sozialverbänden seit Ende der 1950er Jahre zugleich auch die Rolle der christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und im DGB geschwächt sieht.

Tatsächlich haben die CDA und die christlich-sozialen Gewerkschafter personell und ideell in beträchtlichem Maße von der enormen Zugkraft des christlich-sozialen und christlich-demokratischen Gedankenguts und selbstredend auch der spezifischen katholischen Arbeiter- und Sozialbewegung profitiert. Insbesondere die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) war eine bedeutende Stütze der sozialen und gewerkschaftlichen Arbeit der Christlich-Sozialen. Und doch sind die mehr innerkatholischen und -kirchlichen Entwicklungen seit Ende der 1950er Jahre nicht so ohne Weiteres auf die christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und der CDU zu übertragen. Sie tätigten – wie im Übrigen schon die christlichen Gewerkschafter in der katholischen Zentrumsparterie vor 1933 – ihre politisch-soziale und gewerkschaftliche Arbeit mit religiös-sittlichem Engagement und Eigenverantwortung, ohne sich dabei als Vollzugsorgane kirchenamtlicher Interessen zu verstehen, wie dies immer wieder von politischen und gewerkschaftlichen Kontrahenten unterstellt wurde.

Im Folgenden sollen die Grundlagen und Entwicklungslinien der christlich-sozialen Gewerkschafter im DGB und ihr Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft für den Zeitraum von 1945 bis 1960 vorgestellt werden, wobei nur die wichtigsten Problemstellungen und Entwicklungsstufen behandelt werden.

## DIE CHRISTLICH-SOZIALEN UND DIE GRÜNDUNG DER EINHEITSGEWERKSCHAFT

Der Umstand, dass es sich bei der christlich-sozialen Bewegung um eine Synthese von Religion und Politik handelt, hat immer wieder zu Missverständnissen, Vorwürfen und Polemiken gegenüber den Christlich-Sozialen geführt. Sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker wie auch Historiker und Sozialwissenschaftler haben offen oder latent immer wieder ihr Unbehagen geäußert über die ihrer Meinung nach unverständliche oder unangemessene Verknüpfung von Religion und Politik im Konzept christlich-sozialer Politik. Dies gilt vor allem für die Konsolidierungsphase der deutschen Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, aber teilweise auch noch für die Zeit nach 1945. Viele Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter sahen in der christlichen Orientierung und der kirchlich-verbandlichen Vernetzung der Christlich-Sozialen eine unangemessene und unverständliche Haltung: Christentum und Arbeiterschaft seien unvereinbare Widersprüche, die christlichen Gewerkschafter spalteten und schwächten angeblich die Einheit der Arbeiterschaft gegenüber Kapital, Unternehmertum und Gesellschaft.

Dass der wissenschaftliche Sozialismus bzw. der Marxismus als Inbegriff einer betont sozial orientierten Politik und Programmatik nicht minder als das Christentum und die christliche Sozialethik auf weltanschaulichen Prämissen und ethischen Vorzugsregeln aufbaut, wurde von der gewerkschaftlichen und politischen Agitation im Umkreis der Sozialdemokratie und der freien bzw. sozialistischen Gewerkschaften im Zeitraum etwa zwischen der Jahrhundertwende und Anfang der 1930er Jahre zumeist ignoriert. Es galt für sie das Diktum August Bebels aus dem Gründungsprogramm der Sozialdemokraten von Gotha (1875): „Religion ist Privatsache“,<sup>8</sup> ein Diktum, das zumeist laizistisch verstanden wurde.<sup>9</sup>

Die Christlich-Sozialen hatten sich auch kirchlicher Kritik und der Gegnerschaft konservativer katholischer Kreise, der sogenannten Integralisten, zu erwehren. Teile der katholischen Kirche fürchteten, dass die von der Arbeiter- und Sozialbewegung ausgehende Säkularisierung und Liberalisierung der Gesellschaft auch den binnenkirchlichen Raum erfassen würde. Die deutschen bzw. preußischen Bischöfe missbilligten deshalb in einem Schreiben vom August 1900 („Fuldaer Pastorale“) die Mitgliedschaft von Katholiken in interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Dieses Verdikt, das den sogenannten deutschen Gewerkschaftsstreit

(1900–1914) hervorrief, schwächte die Christlichen Gewerkschaften,<sup>10</sup> nicht zuletzt auch im Konkurrenzkampf mit den freien Gewerkschaften.<sup>11</sup> Auf der anderen Seite hatte das katholische Lehramt mit der Enzyklika „Rerum novarum: Über die Arbeiterfrage“ von Papst Leo XIII. (1891) ein wegweisendes Dokument erlassen, das für den Aufbau und die Entwicklung des sozialen Katholizismus von größter Bedeutung war. Im Zentrum des Dokuments steht der Grundsatz, dass Arbeit und Kapital wechselseitig aufeinander angewiesen seien.<sup>12</sup> In der Konsequenz bedeutet dies, dass der politische und soziale Katholizismus die marktwirtschaftliche Ordnung grundsätzlich anerkennen, diese jedoch durch eine angemessene Arbeits- und Sozialpolitik flankieren möchte, ein Konzept, das in der Enzyklika „Quadragesimo anno: Über die gesellschaftliche Ordnung“ Pius' XI. (1931) weiter entfaltet wurde. In der Enzyklika von 1931 erfährt der Sozialismus kommunistischer Prägung eine entschiedene Absage, da dessen klassenkämpferische Haltung mit dem christlichen Weltbild unvereinbar sei.<sup>13</sup>

## CHRISTENTUM, SOZIALISMUS UND SOZIALE FRAGE

Angesichts der außerordentlichen Bedingungen nach der Kapitulation 1945 vertrauten die Christlich-Sozialen auf ein auskömmliches Verhältnis mit den Sozialdemokraten. Man hielt die Zeiten des antikirchlichen und antichristlichen Freidenkertums, das im 19. Jahrhundert viele katholische Arbeiter von der SPD abgestoßen hatte und das man als wichtigsten Grund für eine eigenständige christlich-soziale Bewegung vor 1933 ansehen kann, für weitgehend überlebt. Was zu einem Gesinnungswandel sozialistischer Gewerkschaftskollegen gegenüber dem religiösen Denken und christlichen Wertbegründungen sicherlich beigetragen hat, waren die Erfahrungen des Nationalsozialismus, unter dem in Konzentrationslagern und Zuchthäusern christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter zusammen mit anderen ehemaligen Politikern des demokratischen Parteienspektrums der Weimarer Republik gelitten hatten.<sup>14</sup> Viele Politiker und Gewerkschafter aus SPD, Zentrum und liberalen Parteien zahlten ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit dem Tod. Allerdings bleiben auch nach 1945 Ressentiments gegenüber dem Christentum und der christlich-sozialen und -demokratischen Bewegung in Teilen des sozialistischen und sozialdemokratischen Spektrums weiterhin bestehen.

## GRUNDLAGEN DER EINHEITSGEWERKSCHAFT

Wichtigste Basis für die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war die sogenannte Charta des „Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften“ vom 28. April 1933. In ihr wurde – noch kurz vor der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 – „die Absicht [bekundet], die bestehenden Spitzen- und Berufsverbände mit dem Ziel der Umformung und Vereinheitlichung zusammenzuschließen“.<sup>15</sup> Die Idee der Einheitsgewerkschaft war also schon in der Zwischenkriegszeit unter den Mitgliedern der Richtungsgewerkschaften lebendig. Zu erinnern ist hier an einen Aufruf von Wilhelm Elfes 1926.<sup>16</sup>

Unterzeichner der Charta des sogenannten „Führerkreises“ vom April 1933 waren für den sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB): Theodor Leipart, Peter Graßmann, Wilhelm Leuschner und Franz Spliedt; für die christlichen Gewerkschafter im DGB: Fritz Baltrusch, Franz Behrens, Jakob Kaiser, Bernhard Otte, Theodor Brauer und Adam Stegerwald und für die national-liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Ernst Lemmer. Diese Charta des Führerkreises als das grundlegende Motiv für die Gründung der Einheitsgewerkschaft wurde überdies von den westlichen Besatzungsmächten nach 1945 favorisiert. Die Entscheidung zugunsten einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung hat demnach einen historisch-normativen als auch einen politisch-praktischen Grund.

Schon bei der Gründung des DGB der britischen Zone 1947 in Bielefeld zeigten sich sozialdemokratische und christlich-soziale Gewerkschafter bemüht, Verständnis für die jeweilige Gegenseite und die besondere Herausforderung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung aufzubringen. Hans Böckler unterstrich in seiner Rede den Willen, negativen politischen Einflüssen zu wehren und plädierte dafür, „die parteipolitische Neutralität unserer Gewerkschaften nachdrücklichst zu betonen“. Matthias Föcher forderte, entschieden der Gefahr zu begegnen, aufgrund der „zahlenmäßigen Überlegenheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die CDU-Gewerkschafter als bloße „Beitragszahler“ oder „zweit-rangige Mitglieder“ anzusehen. Es widerspräche den Tatsachen, „die heutigen Gewerkschaften in irgendeiner Form als Nachfolgerin der ehemaligen freien Gewerkschaften aufzufassen“.<sup>17</sup>

## CHRISTLICH-SOZIALE UND DGB – ARBEITS- UND SPANNUNGSFELDER

Auf dem Gründungskongress des DGB für die Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 14. Oktober 1949 im Deutschen Museum in München wurden Hans Böckler (SPD) als Vorsitzender und Matthias Föcher (CDU) als Stellvertretender Vorsitzender gewählt. Dort wurden auch acht hauptamtliche Vorstandsmitglieder sowie die Vorsitzenden der 16 Einzelgewerkschaften gewählt, die rund fünf Millionen Mitglieder vertraten. Hans Böckler galt den CDU-Gewerkschaftern als wichtigster Garant der Einhaltung des Neutralitätsprinzips und der kollegialen Zusammenarbeit von sozialistischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftern.<sup>18</sup>

Es waren von Seiten der Christlich-Sozialen in der britischen Zone neben Matthias Föcher<sup>19</sup> in erster Linie Johannes Albers,<sup>20</sup> Bernhard Deutz, Karl Arnold<sup>21</sup> und in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone Jakob Kaiser (Jakob Kaiser und Ernst Lemmer bis 1947 bzw. 1949 bis zum erzwungenen Ausscheiden aus dem FDGB durch die Sowjetische Militäradministration),<sup>22</sup> die sich um den Gedanken der Einheitsgewerkschaft und die Gründung des DGB besonders verdient gemacht haben und dieses Konzept in den Reihen der CDA und der CDU förderten.<sup>23</sup> Der bekannteste und einflussreichste christliche Gewerkschafter nach 1945 war zweifellos Jakob Kaiser. Aber auch er strebte wie viele seiner Kollegen trotz entschiedenen Engagements für die Einheitsgewerkschaft im DGB kein Mandat an, sondern entschied sich für Partei- und Ministerämter in der Bundesrepublik – eine Entscheidung, wie sie auch Theodor Blank, Anton Storch, Karl Arnold und andere christliche Gewerkschafter trafen und die später dafür verantwortlich gemacht wurden, dass die CDA nicht durch ihre stärksten und markantesten Vertreter im DGB repräsentiert wurde.

Mit der Schaffung der auch von den christlichen Gewerkschaftern aktiv geförderten interkonfessionellen Volksparteien CDU und CSU<sup>24</sup> und der Gründung der Einheitsgewerkschaft waren die christlichen Gewerkschafter als homogene Gruppe buchstäblich „heimatlos“ geworden.<sup>25</sup> Gemäß einer Empfehlung von Adam Stegerwald im Herbst 1945 in Walberberg bei Köln schlossen sich daher die ehemaligen christlichen Gewerkschafter in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zusammen, deren Aufbau Johannes Albers mit einem Rundschreiben vom 14. Dezember 1945 an die ehemaligen Gewerkschaftskollegen aus dem Rheinland, Westfalen und anderen Hochburgen der christlich-

demokratischen Arbeitnehmerschaft initiiert hatte. Die CDA wurde gegründet als neue „Plattform“, um die christlich-sozialen Vorstellungen der Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik in der Einheitsgewerkschaft, den Parteien, im Parlament und in den Betrieben wirksam zur Geltung zu bringen.<sup>26</sup>

Die CDA und die Christlich-Sozialen stehen in der Tradition der christlichen, vor allem der katholischen Sozialbewegung, die in den 1830er Jahren mit der Gründung karitativer, sozialer Verbände und Arbeitervereine und dem sozialpolitischen und sozialetischen Engagement katholischer Geistlicher und Laien ihren Anfang nahm. Bedeutende katholische Sozialreformer waren Franz Baader, Franz Joseph Buß, Pfarrer Adolf Kolping und Bischof Wilhelm von Ketteler, die – teilweise schon vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels (1848) – auf die Soziale Frage und die Arbeiterfrage verwiesen und die Bildung von Arbeiterassoziationen forderten.

Selbstredend hatten auch die evangelischen Sozialethiker (Johann Hinrich Wichern, Adolf Stoecker u. a.) sowie die seit 1882 gegründeten evangelischen Arbeitervereine Anteil an der christlichen Gewerkschaftsbewegung; aber die evangelischen Mitglieder waren in dieser wesentlich schwächer vertreten. Außerdem waren ihre Arbeitervereine sehr konfessionsbewusst und anders als die katholischen Gewerkschafter eher Arbeitgeberpositionen zugeneigt. Der auf interkonfessioneller Basis beruhende Zusammenschluss der lokal gegründeten christlichen Arbeitervereine zum Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands erfolgte im Jahre 1899. Seit November 1919 firmierten diese unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).<sup>27</sup> Mit Heinrich Brüning, Adam Stegerwald und Pfarrer Heinrich Brauns waren christliche Gewerkschafter in hohe Ämter der Zentrumsparterie und der Reichsregierung gelangt.<sup>28</sup>

## ZWISCHEN KORPORATISMUS UND MARKTWIRTSCHAFT

Schon früh zeigten sich die vielfältigen Facetten des Spannungsverhältnisses, in dem die Christlich-Sozialen nach 1945 im DGB stehen. Diese wirken einerseits auf die Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU und CSU ein, wobei die Arbeitnehmerinteressen oft mit den Zielen der Vertreter der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels in Konflikt gerieten. Andererseits sind die christlich-sozialen Gewerkschafter

in die Interessensphäre und Willensbildung der DGB-Gewerkschaften eingebunden, in denen sie allerdings eine Minderheit darstellen.

Die christlichen Gewerkschafter haben von Beginn der Einheitsgewerkschaft an immer wieder deren parteipolitische Neutralität angemahnt und Verstöße dagegen kritisiert. Auf der anderen Seite haben die Sozialausschüsse als „soziales Gewissen“ der Union insbesondere gegenüber dem Wirtschaftsflügel die Arbeitnehmerinteressen und eine marktkonforme Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung und Sozialleistungen eingefordert. Gespeist waren diese Forderungen vor allem aus Konzepten der christlichen Sozialethik.<sup>29</sup>

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU der britischen Zone vom Februar 1947. Das Manifest ist – auch wenn es ohne die Zustimmung Konrad Adenauers, der im Landtag von Nordrhein-Westfalen seinerzeit Vorsitzender der CDU-Fraktion war, nicht zustande gekommen wäre – zweifellos das Programm des Gewerkschaftsflügels. In Ahlen hatte die CDU 1947 noch gemeinwirtschaftliche Positionen, überregionale Wirtschaftsräte sowie Planungs- und Lenkungsideoen vertreten.<sup>30</sup>

Diese Forderungen aus dem Arsenal der christlich-sozialen Bewegung ähneln dem Programm der SPD-Gewerkschafter, nämlich den Grundsätzen der „Wirtschaftsdemokratie“ (1928) wie sie Fritz Naphtali und andere sozialdemokratische Wirtschaftswissenschaftler vertraten. So enthalten die „Politischen Leitsätze der SPD“ von 1946 im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil ganz ähnliche Forderungen wie das Ahlener Programm.<sup>31</sup> Es ist nicht zu übersehen, dass christliche Gewerkschafter der Zentrumsparterie sowie sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker 1919 in der Nationalversammlung gemeinsam den berühmten Räteartikel (Art. 165) der Weimarer Reichsverfassung von 1919 erwirkten, der erkennbar auch auf die Sozialprogrammatische von Unionsparteien und SPD nach 1945 Einfluss nahm. Der Räteartikel ist in der Weimarer Reichsverfassung ergänzt durch die Garantie der Koalitionsfreiheit (Art. 159), den Schutz der Arbeitskraft (Art. 157), die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (Art. 160), die Schaffung eines umfassenden Sozialversicherungswesens (Art. 161), aber auch die Förderung des selbständigen Mittelstandes (Art. 164).<sup>32</sup> Es gab also durchaus auch etliche wirtschafts- und sozialprogrammatische Grundsätze, die das Zusammengehen von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten in der Einheitsgewerkschaft förderten.



## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND ÜBERBETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG

Mit der Entscheidung der CDU und CSU für die Soziale Marktwirtschaft 1948 im Frankfurter Wirtschaftsrat und der Aufnahme dieses Wirtschafts- und Sozialprogramms in die „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU und CSU vom Juni 1949, das auch die führenden CDA-Vertreter im Wirtschaftsrat, die Gewerkschafter Theodor Blank und Jakob Kaiser, guthießen, hatte sich die Union grundsätzlich für die freie Wettbewerbsordnung ausgesprochen. Diese gab wesentliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik frei („Deutsches Wirtschaftswunder“). Dennoch hielten Teile der DGB-Gewerkschafter und die SPD auch nach 1949 weiterhin an Forderungen nach staatlicher Lenkung und Sozialisierung der Großindustrie fest. Die bisweilen klassenkämpferischen Parolen von DGB-Gewerkschaftern führten wiederholt zu öffentlichen Kontroversen zwischen SPD und CDU.

Besonders heftiger Kritik waren die christlich-sozialen Gewerkschafter wegen ihres wirtschaftspolitischen Schwenks vom „Ahlener Programm“ zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ von Seiten der IG Metall ausgesetzt. Diese Industriegewerkschaft ließ noch bis in die 1960er Jahre für ihre Bildungsveranstaltungen das „Ahlener Programm“ der CDU nachdrucken, um den Gewerkschaftsmitgliedern, vor allem den sozialdemokratischen und sozialistischen unter ihnen, den Kurswechsel der christlich-sozialen Kräfte zu demonstrieren.

Schon bald nach Gründung der Einheitsgewerkschaft wuchs das Unbehagen christlich-sozialer Gewerkschafter an den einseitigen publizistischen und parteipolitischen Stellungnahmen des DGB zugunsten der SPD. So hatte z. B. der DGB 1951 mit Streik gedroht, um seine Position in der Frage der Montanmitbestimmung durchsetzen zu können. Ein Streik hätte den wirtschaftlichen Aufbau gefährdet und den sozialen Frieden in der Bundesrepublik nachhaltig gestört und möglicherweise die gerade auflebenden positiven wirtschaftlichen Entwicklungen wieder zunichte gemacht. Die Frage, wie den christlich-sozialen Positionen im DGB besser Gehör verschafft werden könne, wurde kontrovers diskutiert. Eine Abspaltung der Christlich-Sozialen und die Gründung eigener Christlicher Gewerkschaften wurden jedoch im christlich-demokratischen und christlich-sozialen Lager einhellig abgelehnt.

Anstelle gesamtwirtschaftlicher Körperschaften mit Lenkungsfunktionen (überbetriebliche Mitbestimmung, kollektives Arbeitsrecht u. a.) konzentrierte sich der DGB verstärkt auf das Konzept der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Auch in der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft fand diese Idee lebhaftes Interesse, so auf dem Bochumer Katholikentag 1949 und dem Evangelischer Kirchentag 1950.<sup>33</sup>

Konrad Adenauer und Hans Böckler gelang es, in dieser heiß umstrittenen Frage der Mitbestimmung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Konsens zu bewegen und die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie einzuführen; zum wirtschaftlichen Aufschwung haben schließlich die Gewerkschaften auch durch ihre maßvolle Lohnpolitik in den 1950er und frühen 1960er Jahre beigetragen. Allerdings gingen dem DGB und manchen Einzelgewerkschaften die Regeln des Montanmitbestimmungsgesetzes, das im Juni 1951 in Kraft trat, nicht weit genug. Hans Böckler hat dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag nicht mehr erlebt; er verstarb am 16. Februar 1951 in Köln.

Wie sehr die Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung Zustimmung fand, zeigen die Reaktionen auf den DGB-Wahlauf Ruf für den Deutschen Bundestag 1953 mit dem Slogan „Wählt einen besseren Bundestag“, mit dem der DGB – jedenfalls in den Augen der Unionsparteien und großer Teile der Wählerschaft – einseitig zugunsten der SPD in den Bundestagswahlkampf eingriff. Die Verletzung der parteipolitischen Neutralität kritisierten neben CDU und CSU auch viele kirchliche Verbände wie die KAB, Kolping sowie die Soziale Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland. Was die Wahlkampagne des DGB besonders pikant machte, war im Übrigen die einseitige wirtschaftspolitische Festlegung auf planwirtschaftliche Modelle.

## CHRISTLICH-SOZIALE, SOZIALER KATHOLIZISMUS UND DGB

Will man die wichtigsten gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Positionen der Christlich-Sozialen in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik beschreiben, so kommt man um das Phänomen des sozialen Katholizismus und der christlichen bzw. der katholischen Soziallehre nicht herum. Daran ändert auch nichts der Umstand, dass selbstverständlich von Anfang an evangelische Christen den Sozialausschüssen und den Unionsparteien angehörten, wenngleich –

das gilt besonders für das Rheinland und Westfalen – nicht in der Größenordnung wie die Katholiken. Man wird aber trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der Katholiken in der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung die CDA und die Unionsparteien nicht als Agentur der römisch-katholischen Kirche sehen dürfen, wie dies etwa der evangelische Kirchenpräsident, Martin Niemöller, 1949 im „Wiesbadener Kurier“ getan hat. Niemöller war der Ansicht, der westdeutsche Staat sei ein vom Katholizismus geprägtes „Kind, das im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde“.<sup>34</sup>

Solche Polemiken gehörten in den 1950er und 1960er Jahren zur politischen Agitation der Parteien, Gewerkschaften und Verbände. Für die Christlich-Sozialen jedenfalls gilt: Sie standen als Christen und sozial engagierte Gewerkschafter und Politiker ganz selbstverständlich auf dem Boden der katholischen Sozialethik. Diese hatte – wenngleich nicht in enger kirchenamtlicher Auslegung – vor allem in den ersten zwei bis drei Jahrzehnten nach dem Kriege eine besondere programmatische Bedeutung für die CDA und die Unionsparteien insgesamt, nicht zuletzt auch bezüglich der anthropologischen und sozialphilosophischen Begründungen von Staat, Verfassung, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur.<sup>35</sup>

Besondere Unterstützung erfuhr der politische und soziale Katholizismus<sup>36</sup> bis Anfang der 1950er Jahre vor allem von den Dominikanern in Walberberg, die führend am ersten Programm der CDU nach 1945, den Kölner Leitsätzen vom Juni 1945, beteiligt waren, in dessen sozial-, arbeits- und gewerkschaftspolitischer Tradition auch das Ahlener Programm stand. An diesen Programmen hatten selbstredend auch evangelische Unionsmitglieder Anteil. Nachhaltig und intensiv war auch die Unterstützung durch die Jesuiten und ihre Hochschule in Frankfurt, Sankt Georgen. Insbesondere Oswald von Nell-Breuning ist hier zu nennen; als Sozialwissenschaftler, Publizist, Moraltheologe und Berater des DGB, der IG Metall (deren Mitglied er war), verschiedener Bundesministerien und des deutschen Katholizismus hatte er beträchtliche Bedeutung für die Christlich-Sozialen wie auch für den Gewerkschaftskurs des DGB insgesamt. In der Auseinandersetzung um den ordnungspolitischen Kurs des DGB und einzelner Industriegewerkschaften wirkte er klärend, wie dies vor allem in seiner Kontroverse mit dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB (WWI), Viktor Agartz, deutlich wurde.<sup>37</sup> Außerdem sind von Seiten des Jesuitenordens zu nennen Hermann-Josef Wallraff, Johannes Hirschmann sowie Franz Prinz und Herbert Reichel.

Pater Reichels Engagement für die Einheitsgewerkschaft wurde zwar von Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und anderen Ordensbrüdern gefördert, doch muss Reichels gewerkschaftlich-politische Arbeit gesondert betrachtet werden. Im Jahre 1951 hatte er über das Thema Einheitsgewerkschaft promoviert,<sup>38</sup> von 1952/53 bis 1960 war er für die „Christlich-Soziale Kollegenschaft im DGB“ publizistisch und beratend tätig. Ihr Sprachrohr waren die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“.<sup>39</sup> Die Gründung der „Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften“ als loser Zusammenschluss von DGB-Gewerkschaftern in der CDA wurde nicht zuletzt durch den Aufruf des DGB 1953 „Wählt einen besseren Bundestag“ befördert. Schon zuvor empfanden viele Christlich-Soziale die Publikationstätigkeit und die parteipolitische Orientierung des DGB als zu einseitig und als Affront gegen die Idee der Einheitsgewerkschaft. Eine Abspaltung wie auch Versuche parteipolitischer Einflussnahme auf DGB-Positionen durch die Sozialausschüsse der CDA lehnten sie ab. Die Kollegenschaft verstand sich als lockerer Zusammenschluss – ohne parteipolitische wie auch ohne kirchliche Bindungen. Zu den Sozialausschüssen bestanden immer wieder Spannungen. Bei einer Versammlung am 8. und 9. Oktober 1960 in Mehlem bei Bonn erklärte die Mehrheit des Zentralausschusses der „Christlich-Sozialen Kollegenschaft“ die Einheitsgewerkschaft als gescheitert und gab ihre DGB-Orientierung auf.

## **ABSPALTUNGEN UND AUSSDIFFERENZIERUNGEN**

Mit den gleichen Argumenten hatten sich bereits 1955 die beiden CDU-Abgeordneten Johannes Even und Bernhard Winkelheide vom DGB getrennt und die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) gegründet, die sich 1959 in Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGD) umbenannte. Aber das Gros der christlich-sozialen Gewerkschafter verblieb im DGB – sehr zur Enttäuschung von Teilen der deutschen Bischöfe, die die Neugründung der Christlichen Gewerkschaften offiziell befürworteten. Aber auch Oswald von Nell-Breuning und andere Sozialethiker hielten an der Einheitsgewerkschaft fest. Im Jahre 1966 schlossen sich die Verbände der Gewerkschaft Christlicher Bergbau- und Energiearbeiter an der Saar der DGB-Gewerkschaft IG Bau und Energie an.<sup>40</sup> Von 1959 an bildeten sich Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen; sie fungieren als Zusammenschlüsse von Gewerkschaftern, die sowohl der CDA, als auch dem DGB verbunden sind und von führenden Mitgliedern des DGB-Vorstandes geleitet werden.



Die Entwicklung der Christlich-Sozialen und ihre Bedeutung für den DGB und die weitere Entwicklung der Gewerkschaften und des Wirtschafts- und Soziallebens der Bundesrepublik beschreibt Wolfgang Schroeder in seiner Arbeit von 1992 als „Niedergang des Sozialkatholizismus“. Man wird die gesellschaftlichen Veränderungen, die bereits in den späten 1950er Jahren erkennbar sind, vor allem unter dem Aspekt einer zunehmenden Individualisierung und Säkularisierung deuten können, die nicht zuletzt Folge und Ausdruck steigenden Wohlstands sowie veränderter Verhaltensweisen und Wertpräferenzen großer Teile der Bevölkerung sind. Die Öffnung und Auflösung der herkömmlichen Milieus betrafen aber nicht nur die noch stärker kirchlich geprägten Milieus des Katholizismus und des Protestantismus; sie betrafen nicht minder stark auch die klassischen Arbeitermilieus sozialdemokratischer Prägung. Die Erosionserscheinungen, die Schroeder für den sozialen Katholizismus im Umfeld des DGB und der Einzelgewerkschaften diagnostiziert, gelten also nicht weniger auch für die sozialdemokratischen Arbeitnehmer im DGB und in dessen Umfeld.

Im Kontext gravierender Umbrüche in Gesellschaft, Kultur, Kirche und Politik stehen denn auch die Veränderungen, die die katholische Sozialethik seit Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre betreffen. Seit der Soziallehre von Papst Johannes XXIII. (1958–1963) – zu nennen sind hier insbesondere seine Enzykliken „Mater et magistra“ und „Pacem in terris“ – und den Dokumenten des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) – werden in der katholischen Sozialethik stärker die Person sowie die Gesichtspunkte ihrer Verantwortung und ihrer sozialen und politischen Bedingungen ins Zentrum gerückt. Die katholische Sozialethik gewann damit zunehmend auch für die Sozialdemokratie an Interesse. Die SPD sieht seit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 die Grundlagen des demokratischen Sozialismus von den Wertgrundlagen der christlichen Ethik, der klassischen Philosophie und des Humanismus geprägt und nimmt entsprechend auch die marktwirtschaftliche Ordnung wahr – eine Um- und Neuorientierung des demokratischen Sozialismus, der auch für die Sozialdemokraten im DGB nicht ohne Folgen blieb. Nell-Breuning erkennt im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms „nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“. <sup>41</sup> Der Sozialethiker Nell-Breuning war in die Programmberatungen der Grundsatzkommission einbezogen und hatte Anteil an der Annäherung der SPD an die christliche Ethik. Erstmals hatten Nell-Breuning und sein Ordensbruder Gustav Gundlach im Jahre

1958 öffentlich mit sozialdemokratischen Vertretern in der Katholischen Akademie in München diskutiert und Annäherungsmöglichkeiten von Sozialdemokratie und christlicher Sozialethik ausgelotet. <sup>42</sup>

## UMBRÜCHE IN GESELLSCHAFT, POLITIK UND KIRCHEN

Aber die Umbrüche im Katholizismus und im kirchlichen Verbandswesen, zu denen auch die Neuorientierung der katholischen Theologie und Ethik zählt, wird man wohl kaum so eindeutig als „Niedergang des Sozialkatholizismus“ deuten können, wie dies Wolfgang Schroeder als Fazit seiner Untersuchungen sieht. Die Neuerungen in Theologie und Kirche (stärkere Betonung der personalen und Verantwortungsethik u. a.), die zweifellos auch das Verhältnis von Christlich-Sozialen und DGB sowie die Rolle des Katholizismus im politischen und gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren betreffen, lassen sich aber kaum zutreffend beschreiben, ohne zugleich auch die gravierenden Veränderungen von Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Traditionen und Werten in der gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen.

Diese Veränderungen betreffen jedoch die Einzelnen, die Familien, Schulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen nicht minder als auch die tragenden gesellschaftlichen und politischen Institutionen wie die Verbände, Interessengruppen, Parteien und Gewerkschaften. Die Folgerungen, die Schroeder am Schluss seiner Untersuchung zieht, sind allzu selektiv, zumal er die Schwächung des christlich-sozialen Bereichs ohne tiefere Begründung pauschal der Sozialdemokratie und den SPD-Gewerkschaftern gutschreiben möchte. <sup>43</sup> Dass der demokratische Sozialismus aber seit 1959 mit seinen Rekursen auf die christliche Ethik und die Soziale Marktwirtschaft Positionen bezieht, die er bis dahin strikt vermieden hat, wird hierbei ignoriert. Die Geschichtsschreibung der Christlich-Sozialen in CDA und DGB und die Darstellung der Christlichen Sozialethik im politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich bedürfen daher noch wichtiger Korrekturen und Ergänzungen.

- 1| „Deutscher Gewerkschaftsbund“, DGB, so hieß bis 1933 der Bund christlicher Gewerkschaften. Hans Böckler bewies historisches Bewußtsein, als er diesen Namen für die Einheitsgewerkschaften durchsetzte. Der Name DGB drückt den Respekt aus, den die sozialdemokratischen Gründer noch der großen Tradition der christlich-sozialen Bewegung entgegenbrachten. Dieser Name bezeugt noch heute den Willen der damaligen sozialdemokratischen Mehrheit zur Toleranz gegenüber der christlich-demokratischen Minderheit.“ Vgl. Jürgen Aretz: DGB, in: Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung 44 (1985), S. XXXI.
- 2| Vgl. Annette Kuhn: Was heißt „christlich-sozial“? Zur Entstehungsgeschichte eines politischen Begriffs, in: Zeitschrift für Politik 10 (1963), S. 102–122. Als Christlich-Soziale bezeichnet man diejenigen Christen, Katholiken und Protestanten, in den konfessionellen und interkonfessionellen Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden, die ihre Wirtschafts-, Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftsideen an den Prinzipien der katholischen Soziallehre bzw. an der evangelischen Sozialethik ausrichten. Vom christlich-sozialen Gedankengut und der christlich-sozialen Bewegung zu unterscheiden sind das christlich-demokratische Gedankengut und die christlich-demokratische Bewegung (in Deutschland institutionell die CDU und CSU), wobei der Begriff christlich-demokratisch – im engeren Sinne verstanden – mehr die politischen, rechtlichen, verfassungs- und kulturpolitischen Ideen beinhaltet. Vgl. Oswald von Nell-Breuning: Sozialer und politischer Katholizismus. Eine Sicht deutscher Kirchen- und Sozialgeschichte, in: Stimmen der Zeit 193 (1975), S. 147ff.; Hans Maier: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie, 6. Aufl., München 2006, S. 303ff.
- 3| Herlind Gundelach: Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966, Diss. Bonn 1983.
- 4| Helene Thiesen: Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953, Diss. Düsseldorf 1988.
- 5| Wolfgang Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945–1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990; Ders.: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992; vgl. auch Hans-Georg Kuhn/Adolf Müller: Die Sozialausschüsse und die Gewerkschaften, in: Ferdi Breidbach/Rüdiger May (Hg.): Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, Düsseldorf 1975, S. 179–201.
- 6| Vgl. Stefan Remeke: Gerd Muhr und Maria Weber: Eine sozialpolitische Elite des DGB in den frühen Jahren der sozialliberalen Koalition (1969–1974), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35 (2006), S. 207–223.
- 7| Vgl. Günter Buchstab: Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 462f.
- 8| Vgl. Sebastian Prüfer: Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890, Göttingen 2002.
- 9| Vgl. Günter Buchstab/Rudolf Uertz (Hg.): Was eint Europa. Christentum und kulturelle Identität, Freiburg i. Br. 2008.
- 10| Die Christlichen Gewerkschaften widerstanden entschieden den bischöflichen Forderungen; vgl. Franz Josef Stegmann/Peter Langhorst: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland, Essen 2000, S. 597–862, hier S. 694ff.; vgl. auch Dies.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007; Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte – Ziele – Wirkungen, München 1989.

- 11| Der deutsche Gewerkschaftsstreit, ausgelöst durch das von integralistischen katholischen Kreisen erwirkte Schreiben der preußischen Bischöfe vom August 1900 („Fuldaer Pastorale“), das Katholiken den Beitritt zu interkonfessionellen Gewerkschaften untersagte, wurde durch die Enzyklika „Singulari quadam“ von Papst Pius X. (1912), die die Mitgliedschaft von Katholiken unter bestimmten Bedingungen „duldet“, gemildert; der Streit wurde erst durch die Enzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius XI. 1931 zugunsten der Akzeptanz christlicher interkonfessioneller Gewerkschaften beendet; vgl. Oswald von Nell-Breuning, Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende, in: Peter von Oertzen (Hg.): Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1967, S. 19–32.
- 12| In der Enzyklika „Rerum novarum“ von Papst Leo XIII. (1891), heißt es in Nr. 15: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“ Vgl. Texte zur katholischen Soziallehre. Mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning, hg. von der KAB Deutschlands, Kevelaer 1977, S. 41.
- 13| Vgl. Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI (1931), Nr. 111ff., ebd. S. 131ff.
- 14| Zur Geschichte der Sozialausschüsse und der Bedeutung der christlichen Gewerkschafter bei der Gründung der CDU und der Einheitsgewerkschaft vgl. Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949, Stuttgart 1981.
- 15| Themen, Vierteljahreszeitschrift der Stiftung Christlich-Soziale Politik, 1996, Heft 1/96, S. 135f.; vgl. Jakob Kaiser: Zur Frage der Gewerkschaftseinheit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), S. 1–4.
- 16| Vgl. Albert Esser: Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker, Mainz 1990.
- 17| Zitiert nach: Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung 44 (1985), S. XXXVI.
- 18| Vgl. Bernhard Forster: Christliche Gewerkschaften, in: Becker (wie Anm. 7), S. 470–473; Franz Deus: Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und die christliche (katholische) Gesellschaftslehre, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1 (1950), S. 13–16.
- 19| Vgl. Klaus Mertsching: Matthias Föcher: Ein christlicher Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35 (2006), S. 75–84.
- 20| Winfried Herbers: Johannes Albers (1890–1963), in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg i. Br. 2004, S. 72–80.
- 21| Rudolf Uertz: Karl Arnold (1901–1958), in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (wie Anm. 20), S. 81–89.
- 22| Vgl. Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967; Tilman Mayer (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, Köln 1988.
- 23| Vgl. Rudolf Uertz: Christliche Arbeiterbewegung, Christlicher Sozialismus, in: Becker (wie Anm. 7), S. 469f. und S. 477f.; zum Aufbau der Einheitsgewerkschaft vgl. Hans Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1966, S. 74f.

- 24| Der interkonfessionelle Gedanke der Unionsparteien war nicht zuletzt durch die christlichen Gewerkschafter gefördert worden, die die Interkonfessionalität unter Verweis auf die christliche Gewerkschaftstradition auch für die christlich-demokratische Partei forderten. Vgl. die Rede von Adam Stegerwald auf dem X. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, in: Adam Stegerwald: *Deutsche Lebensfragen*, Berlin 1921, S. 57ff.; vgl. auch Oswald von Nell-Breuning: *Die christlichen Gewerkschaften von 1894–1933*, in: *Stimmen der Zeit* 200 (1982), S. 710ff.
- 25| Bezeichnender Weise war die zentrale Bildungsstätte der christlichen Gewerkschafter, „Unser Haus“ in Königswinter – nachdem es die Nationalsozialisten in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt hatten –, dann zuerst in den Besitz des DGB übergegangen; Heinrich Böckler hat das „Adam-Stegerwald-Haus“, wie es bei der Feier zur Wiedereröffnung im Herbst 1948 hieß, in einer Abmachung mit Jakob Kaiser den 1946 gegründeten Sozialausschüssen übergeben.
- 26| Vgl. Uwe Schummer/Rudolf Uertz: *Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)*, in: Becker (wie Anm. 7), S. 445f.
- 27| Vgl. Michael Schneider: *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982; Ders.: *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 2000.
- 28| Bedeutende praktische und theoretische Stützen der christlichen Gewerkschaften waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Theodor Brauer (1880–1942) und Götz Briefs (1889–1974). Beide gehörten zusammen mit dem Bildungsleiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, Heinrich Rommen, Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning sowie Paul Jostock, Franz H. Mueller u. a. zum Königswinterer Kreis, einer Vereinigung katholischer Sozialethiker und Sozialwissenschaftler, die im Haus der christlichen Gewerkschaften in Königswinter, „Unser Haus“, 1930/31 das gesellschaftspolitische Konzept für den politischen und sozialen Katholizismus in Deutschland vorbereitete. Wesentliche Grundsätze des Kreises wurden in die Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ (1931) aufgenommen; vgl. Oswald von Nell-Breuning: *Der Königswinterer Kreis und sein Anteil an „Quadragesimo anno“*, in: Ders.: *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 99–115.
- 29| *Erbe und Aufgabe der christlichen deutschen Sozialpolitik*. In: Bruno Dörpinghaus/Kurt Witt (Hg.): *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 1950*, Recklinghausen (1950), S. 67–73.
- 30| Vgl. Rudolf Uertz: *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–52.
- 31| Vgl. Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone (1947) und Politische Leitsätze der SPD (1946), in: Rainer Kunz/Herbert Maier/Theo Stammen (Hg.): *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, 2 Bde., 3. Aufl., München 1979, Bd. 1, S. 69–72; Bd. 2, S. 291–296; zum Konzept korporatistischer Wirtschaftsordnung vgl. Fritz Naphtali: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928; Ulrich von Alemann: *Korporatismus*, in: Wolfgang W. Mickel (Hg.): *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, Bonn 1986, S. 265–267; vgl. auch Ulrich Lohmar: *Gewerkschaftseinheit als Ideologie oder Wirklichkeit?* In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 7 (1956), S. 79–85.
- 32| Vgl. Sigrid Vestring: *Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19*, Münster 1987, S. 231.

- 33| Vgl. *Gerechtigkeit schafft Frieden*. 73. Deutscher Katholikentag in Bochum 1949, hg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage, Paderborn 1949, S. 110–118, hier S. 114; ferner Matthias Föcher: *Von der Mitarbeit zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb*, ebd. S. 199–205; Franz Deus: *Die Bochumer Beschlüsse*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1 (1950), S. 121–124.
- 34| „*Wiesbadener Kurier*“ vom 16.12.1949.
- 35| Uertz: *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 14), S. 27–40 und S. 89–97.
- 36| Vgl. Anton Rauscher (Hg.): *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, 2. Bde., München 1982; ferner: Franz Stegmann: *Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus*, in: Helga Grebing (Hg.): *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, München 1969, S. 325–560; Günther Rüter (Hg.): *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*, 3. Aufl., Bonn 1989.
- 37| Vgl. Schroeder: *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft* (wie Anm. 5), S. 169–173.
- 38| Herbert Reichel: *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und die christliche Soziallehre. Eine gesellschaftspolitische Untersuchung*, Diss. Mainz 1951; die Arbeit erschien in der Schriftenreihe der KAB auch unter dem Titel: *Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort*, Köln 1952.
- 39| Zur Sozial- und Gewerkschaftsprogrammatik der Gesellschaftspolitischen Kommentare vgl. *Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften. Werden – Selbstverständnis – Wollen*, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare* 1 (1960).
- 40| Vgl. Limmer: *Gewerkschaftsbewegung* (wie Anm. 23), S. 106.
- 41| Vgl. Nell-Breuning (wie Anm. 28), S. 95; Ders.: *Katholische Kirche und Gewerkschaften*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 24 (1973), S. 421–433.
- 42| Vgl. Rudolf Uertz: *Annäherungen: Christliche Soziallehre und SPD*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 93–120.
- 43| Vgl. Regina Görner: *Die CDA im Spannungsfeld von Parteipolitik und Gewerkschaften*, in: *50 Jahre Politik der CDA, Königswinter 1996*, S. 31–51; Manfred Wilke: *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971* (Forschungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 46), Melle 1985.

# DIE CHRISTLICH-SOZIALEN UND DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT

AM BEISPIEL DER KATHOLISCHEN ARBEITNEHMER-BEWEGUNG (KAB)

*Joachim Zimmermann*

Mein Beitrag wird keine umfassende historisch-systematische Abhandlung zum Thema sein. Vielmehr werden in Bezug auf das Thema und die aufgeworfenen Fragestellungen lediglich Erfahrungen und Einschätzungen wiedergegeben, Erfahrungen und Einschätzungen, die aus einer hauptamtlichen Tätigkeit bei der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) von über 27 Jahren sowie aus der Mitarbeit in der CDA und aus dem steten Interesse an Politik und gesellschaftlichen Entwicklungen resultieren, soweit sie dem Thema „Christlich-Soziale und Einheitsgewerkschaft“ zuzuordnen sind. Entsprechend sind die Auswahl und die enthaltenen Wertungen subjektiv. Gleichwohl glaube ich, dass meine Erfahrungen und Einschätzungen übereinstimmen mit dem, was derzeit noch – besonders bei den Älteren in der KAB – an kollektivem Gedächtnis des Verbandes vorhanden ist.

Dies gilt vor allem für die Entwicklung der KAB direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, für die Auseinandersetzung um die Frage Einheitsgewerkschaft oder Richtungsgewerkschaften; dies gilt aber auch – wenngleich vielleicht mit Einschränkungen – für die Beurteilung neuerer Entwicklungen in der KAB.

## CHRISTLICH-SOZIALE UND KAB

Ich gehe aus von der Frage: Wen meinen wir, wenn wir von den Christlich-Sozialen sprechen und dabei an die KAB denken? Die KAB hat eine Tradition von über 100 Jahren als politische Bewegung, als kirchliche Bewegung, als Bildungsbewegung.<sup>1</sup> Sie betont in ihrem aktuellen Grundsatzzprogramm,<sup>2</sup> dass sie Teil des Volkes Gottes – im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965) – ist und zugleich ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat; die KAB ist also christlich und sozial.

Christlich und sozial: So lassen sich auch die Anfänge der KAB nach der Naziherrschaft und dem Zweiten Weltkrieg beschreiben. Anknüpfungspunkte für die Wiederaufnahme der Verbandsarbeit waren verbliebene KAB-Gruppen, alte KAB-Stützpunkte sowie überlebende und heimkehrende Persönlichkeiten aus der Zeit der KAB vor 1933; dies waren vorrangig christlich-soziale Politiker aus der Zentrumsparterie und Vertreter der Christlichen Gewerkschaften. Im Dominikaner-Kloster Walberberg wurde in diesen Kreisen nach den gemeinsamen Erfahrungen in der Nazi-Zeit über ein Konzept des „Christlichen Sozialismus“ nachgedacht, das aber verworfen wurde. Verwandte Überlegungen sind in das „Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm“ der CDU vom Februar 1947 eingeflossen.<sup>3</sup>

Die CDA war in der Folge den programmatischen Gedanken von Ahlen enger verbunden als die CDU-Wirtschaftsprogrammatik Ludwig Erhards, die den Vorstellungen von der „Sozialen Marktwirtschaft“ folgte. Die CDA akzentuierte die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom Juli 1949, in denen ja das „Ahlener Programm“ – vor allem im sozialpolitischen Teil – „fortgeschrieben“ wurde, stärker gemeinwohlorientiert und verstand sich seither auch als das „soziale Gewissen der Union“ bzw. als Stachel im Fleisch der CDU. Wegen der Mehrfachmitgliedschaft des Führungspersonals der CDU in CDA und KAB entwickelte sich von Anfang an eine große Nähe der Katholischen Arbeitnehmerschaft zur CDU und zur CDA, eine Nähe, die für das Verhältnis der KAB zur Einheitsgewerkschaft nicht ohne Probleme sein sollte.

Wichtig für die Entwicklung der KAB waren die 1947 veröffentlichten „Grundsätze katholischer Sozialarbeit und zeitnahe Folgerungen“ des Kölner Erzbischofs, Josef Kardinal Frings.<sup>4</sup> Darin wurde die Anwendung der Grundsätze aus der katholischen Soziallehre auf die Probleme der Nachkriegszeit beschrieben. Zugleich drückte sich darin ein lebhaftes

Interesse der Kirche an katholischen Verbänden und hier insbesondere an einem katholischen Sozialverband aus. Diese pastorale Wertschätzung der katholischen Verbände und deren Nähe zur Kirche ist in späteren Jahren zurückgegangen. Damals aber waren sie grundlegend für das sozialpolitische Engagement und überdies hilfreich für das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der KAB.

## KAB, UNIONSPARTEIEN UND EINHEITSGEWERKSCHAFT

Die politischen Themen, die damals in der KAB diskutiert wurden, sind dieselben, die auch und gerade unter dem maßgeblichen Einfluss christlich-sozialer Politiker in die Gesetzgebung eingeflossen sind: Mitbestimmung, Vermögensbildung, sozialer Wohnungsbau, Lastenausgleich und Kriegsopferversorgung sowie die Rentenreform. Die programmatische Nähe katholischer Arbeitnehmervertreter zur Christlich-Demokratischen Union und ihre Mitgliedschaft in den Unionsparteien hat – besonders bei Sozialpolitikern in Regierung und Bundestagsfraktion wie auch bei führenden Landespolitikern und Inhabern von Parteiämtern – einer Art christlich-sozialer Blockbildung Vorschub geleistet.

Christlich-Soziale: Das sind die Linken in der CDU/CSU, die CDA-Leute, die KAB, die Evangelische Arbeiterbewegung (EAB), die zum größten Teil auch gewerkschaftlich in der Einheitsgewerkschaft organisiert sind. Diese Blockbildung galt vor allem für die Binnenwahrnehmung in der CDU und CSU: Die Christlich-Sozialen sind zwar links, aber sie gehören zu uns. Dies galt aber auch für die Außenwahrnehmung; dort hieß es entsprechend: Die Christlich-Sozialen, mitunter auch als „Herz-Jesu-Marxisten“ bezeichnet, sind zwar (etwas) links, aber sie gehören eben zur CDU und CSU. Und das galt auch für das Verhältnis von KAB und Kirche: Die Kennzeichnung der KAB als „Kirche in der Arbeitswelt und Stimme der Arbeitswelt in der Kirche“ kam nicht von ungefähr.

Diese Blockbildung führte zur Inanspruchnahme der KAB durch die Unionsparteien, insbesondere bei Wahlkämpfen oder wichtigen politischen Entscheidungen, wenn nach Rückhalt und Legitimation gesucht wurde, oder auch bei innerkirchlichen Auseinandersetzungen. Diese Inanspruchnahme dauerte bis in die jüngste Zeit, auch wenn sie in der Zwischenzeit weder personell noch inhaltlich-programmatisch gerechtfertigt schien. Aber im Machtkalkül war diese Form von Vereinbarung ein fester Posten. Die Blockbildung führte dann auch zu Belastungen im Verhältnis der Christ-

lich-Sozialen und insbesondere auch der KAB zur Einheitsgewerkschaft. Sie eskalierte etwa Anfang bis Mitte der 1950er Jahre in einer Auseinandersetzung in der KAB mit der Einheitsgewerkschaft und mit der Kirche. Die Folgen dieser Auseinandersetzung, die einem zweiten Gewerkschaftsstreit gleichkam, wirkten sich in der KAB lange Zeit traumatisch aus und führten zu beträchtlichen Spannungen zur Einheitsgewerkschaft und zur Kirche.<sup>5</sup>

Der DGB hatte sein Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft als demokratisch und parteiunabhängig definiert. Diese Position ist grundsätzlich nie aufgegeben worden. Doch gab es in der politischen Zielsetzung traditionell immer eine größere Übereinstimmung mit der SPD als mit der CDU und CSU. Auch die personellen Verflechtungen des DGB mit der SPD waren und sind ungleich stärker als mit den Unionsparteien. Das DGB-Image der Einheitsgewerkschaft geriet 1953 in eine Krise; diese wurde ausgelöst durch Klagen christlicher Gewerkschafter über ihre politische und personelle Unterrepräsentanz im DGB, gerade in einer Zeit des erklärten Widerspruchs zur Position der CDU als Regierungspartei, nämlich der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik.

Den Angriff auf die Einheitsgewerkschaft führte die KAB, unterstützt durch Teile der Kirchenführung. Im Oktober 1955 kam es zur Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung, zu deren Wortführern die KAB-Vertreter Johannes Even und Bernhard Winkelheide gehörten, die beide auch Mitglieder der CDU und der Sozialausschüsse waren.

Diese Gewerkschaftsgründung war auch im christlich-sozialen Lager, bei der CDU, der CDA und auch in der KAB höchst umstritten. Jakob Kaiser und Karl Arnold distanzieren sich entschieden von diesen Bestrebungen zur Wiedegründung christlicher Gewerkschaften. Es kam auch zur Gründung der „Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB“; soziale Wortführer der katholischen Kirche, so etwa der bekannte Jesuit und christliche Sozialethiker, Oswald von Nell-Breuning, verurteilten die Entscheidung zur Gründung christlicher Gewerkschaften.

Der größte Teil der christlich-sozialen Gewerkschafter, unter ihnen auch Funktionäre und Mitglieder der KAB, verblieb in den DGB-Gewerkschaften. Aber die Nachwirkungen dieser Auseinandersetzung waren beträchtlich; sie betrafen nicht nur das Binnenleben der KAB, sondern auch deren Beziehungen zum DGB.

## IDENTITÄT UND ROLLE DER CHRISTLICH-SOZIALEN IN DER KAB

Heute ist die in der KAB einst so heftig geführte Debatte um die Frage: Einheitsgewerkschaft oder Richtungsgewerkschaften kein Diskussionspunkt mehr. Die Beschlussfassungen in der KAB zu dieser Frage sind eindeutig. Die politische Zusammenarbeit ist in Gang. Und es gibt auch genügend Felder der politischen Auseinandersetzung.

Zur oben gestellten Frage nach der Identität und der Rolle der Christlich-Sozialen in der KAB, den Sozialausschüssen, den Unionsparteien und den Gewerkschaften will ich noch einige aktuelle statistische Daten ergänzen. Hatte die KAB Anfang der 1980er Jahre noch ca. 330.000 Mitglieder, so sind es heute noch ca. 160.000 Mitglieder. Aber bei der Frage nach dem politischen Gewicht und der Einschätzung der Bedeutung des Verbandes für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und die Gewerkschaften muss man die genauere Struktur ins Auge fassen.

Ausweislich der letzten mir vorliegenden Mitgliederstatistik gehören ca. 56 Prozent aller Mitglieder der Altersgruppe ab 66 Jahren an; 24 Prozent der Mitglieder sind über 75 Jahre alt. Die 44 Prozent der Mitglieder unter 66 Jahren teilen sich wie folgt auf: Etwa 16 Prozent gehören zur Gruppe der unter 35- bis 50-Jährigen und ca. 28 Prozent zur Kohorte der 51- bis 65-Jährigen. Daraus folgt, dass die Mitgliederzahlen der KAB in der nächsten Zukunft, wenn kein Wunder geschieht, eher sinken als steigen werden. Es wird sich die Frage stellen, ob die KAB gemäß ihrem Selbstverständnis ein Mitgliederverband bleiben wird oder ob sie sich zu einer Art Aktivistenbewegung entwickeln wird.

Weniger Mitglieder bedeuten in der Regel weniger Mitgliedsbeiträge und damit weniger Finanzkraft zur Umsetzung der eigenen Ziele und Vorhaben. Die KAB wird dadurch möglicherweise als Partner in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an Attraktivität verlieren. Eine solche Entwicklung deutet sich auch im Verhältnis von KAB und katholischer Kirche an, wenn nämlich bei sinkenden Mitgliederzahlen die Bedeutung der KAB als Größe der Pastoral abnimmt und entsprechend weniger kirchliche Zuschüsse in die Verbandsarbeit fließen.



Über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der KAB-Mitglieder liegen keine gesicherten Angaben vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften bei den älteren Mitgliedern bedeutend höher liegt als bei den jüngeren.

### PARTEIPRÄFERENZEN

Ähnlich verhält es sich bei den Parteipräferenzen: Bei den KAB-Mitgliedern in der CDU, CSU und CDA überwiegen die Älteren. Verbunden sind damit natürlich auch Präferenzen bei Wahlentscheidungen. Bei den Jüngeren verstärken sich die politische Pluralität wie auch die parteipolitische Abstinenz. Eine Folge davon ist u. a. die abnehmende Zahl von Führungskräften der KAB in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und in den Unionsparteien.

Auch das Verhältnis von KAB und katholischer Kirche ist von diesen Veränderungen betroffen. Veränderte pastorale Entscheidungen der Kirche und eine zunehmend kritischere Sichtweise auf das kirchliche Handeln schaffen vor allem bei den jüngeren Mitgliedern eine Distanz. Manchmal hört man kritische Stimmen sagen: Die jüngeren Mitglieder wollen sich durch ihre Kritik an der Amtskirche nur profilieren.

All dies trägt unverkennbar zur Auflockerung, wenn nicht gar zur Auflösung des alten Blockdenkens bei, das über Jahre und Jahrzehnte hinweg das Bild von den Christlich-Sozialen bestimmt hat. Das historische Gedächtnis des Verbandes beginnt zu verblassen. Mit den Alten wird – zumindest was die KAB betrifft – die klassische Vorstellung von den Christlich-Sozialen aussterben.

Die Gründe für diese Veränderungen im Kontext der Christlich-Sozialen und der KAB im Besondern liegen in tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen. Zu nennen sind Entwicklungen, die gemeinhin als Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile beschrieben werden. Zu nennen ist auch die Hinwendung der Kirche zur modernen Welt, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ (1965) formuliert hat. Und in diesen Zusammenhang gehört auch die Fortentwicklung der christlichen Sozialethik als Bezugsrahmen für die Politik und die Gesellschaftstheorie der Christlich-Sozialen.

### INDIVIDUALISIERUNG UND PLURALISIERUNG DER LEBENSSTILE

Demokratisierung, Einkommens- und Vermögenszuwächse für weite Teile der Bevölkerung, eine breite sozialstaatliche Absicherung, eine verbesserte gesundheitliche Vorsorge, die beträchtlich angewachsene Freizeit und nicht zuletzt ein breiteres Bildungsniveau haben die Sozialstruktur der Bundesrepublik entscheidend verändert. Zu diesen Veränderungen zählt auch die Auflösung typischer Arbeitermilieus, aus denen die Arbeiterbewegung, das heißt die christlich-soziale wie auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft, traditionell ihre Mitglieder rekrutierte. Die Gesellschaft ist von der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile stärkstens erfasst worden. Das hat zur Folge, dass die persönlichen Entscheidungen über die Lebensentwürfe enorm unter Druck geraten sind. Denn den gestiegenen Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen steht ein enorm gewachsener Entscheidungsdruck gegenüber. Die zunächst positiv erscheinende Sichtweise steigender Wahlmöglichkeiten und Chancen für den Einzelnen wird durch die dargelegten Ambivalenzen relativiert, die ebenso in den Blick genommen werden müssen:

- Individualisierung ist eng verbunden mit Enttraditionalisierung und Traditionsverlusten: Die Menschen lösen sich aus überkommenen sittlichen und sozialen Vorgaben.
- Individualisierung ist des Weiteren eng verbunden mit der Entchronologisierung, das heißt dem Verlust einer gesicherten Zeitabfolge oder fester biographischer Phasen: Die Menschen bringen keine „Normalbiographie“ mit vorgegebenen Richtlinien oder strikt einzuhaltenden Lebensentwürfen mehr zustande.
- Individualisierung hat ferner auch zu tun mit Emanzipation: Die Menschen brechen weit mehr als früher aus gesellschaftlichen Konventionen, Kontrollen und Rollenerwartungen aus.

Die genannten Entwicklungen führen zur Lockerung der einstmaligen klaren Strukturierung der Gesellschaft in Klassen. Aus dieser Klassengesellschaft heraus haben sich einst ja die Arbeiterbewegung und mit ihr die Christlich-Sozialen entwickelt.<sup>6</sup> Die derzeit auch in kirchlichen Kreisen diskutierte Sinus-Studie benennt zur Beschreibung der aktuellen gesellschaftlichen Situation zehn relevante Milieus. Mit Blick auf das Rekrui-

tierungspotential der Gewerkschaften und der Christlich-Sozialen ist in diesen Milieus eine einfache Verortung nicht möglich.<sup>7</sup> Dies gilt es auch bei allen strategischen Fragen zu berücksichtigen.

### HINWENDUNG DER KIRCHE ZUR MODERNEN WELT

Individualisierung, Pluralisierung und Globalisierung haben auch die Sozialgestalt der Kirche verändert. Dabei geht es, wie die Debatte hier in Deutschland mitunter nahelegt, nicht vordergründig um Priestermangel oder um den Rückgang der Einnahmen aus den Kirchensteuern. Den weltweit diagnostizierten gesellschaftlichen Veränderungen hat das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralconstitution „Gaudium et spes“ Rechnung getragen. Dort heißt es: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“<sup>8</sup> Damit wird eine Verortung der Kirche in der Gesellschaft vorgenommen: Die Kirche ist das Volk Gottes, das in der Zeit unterwegs ist und dabei die Freuden, die Trauer und die Ängste der Menschen erlebt und dadurch herausgefordert wird. Kirche steht also in der Zeit und in der Gesellschaft, nicht außerhalb. Ihr pastoraler Dienst gilt den Menschen, unter denen und mit denen sie unterwegs ist. Kirche, das Volk Gottes, sind wir alle, Laien wie Geistliche. Anders ausgedrückt: Die christlichen Laien sind Kirche, und sie sind nicht deren in die Gesellschaft verlängerter Arm oder gar bloße Weisungsempfänger. Glaube, christliches Leben, die Mitgestaltung des politischen Lebens aus der Gewissheit, dass die Welt und die Gesellschaft der Raum der Gegenwart Gottes sind, stellen Laien wie Geistliche in die gemeinsame Verantwortung. Deshalb heißt es auch im gültigen Grundsatzprogramm der KAB: „KAB ist Kirche.“<sup>9</sup>

### FORTENTWICKLUNG DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Die klassische katholische Soziallehre war und ist naturrechtlich orientiert. Aus der Natur des Menschen und der Schöpfung, in der er lebt, lassen sich sein Selbstverständnis als Person, seine Verantwortung und die Grundsätze für sein Zusammenleben mit anderen Menschen – also sein Leben in der Gesellschaft – ableiten: Das sind die sogenannten Sozialprinzipien der Solidarität, Subsidiarität, des Gemeinwohls und neuerdings – nach tieferer Beschäftigung mit der natürlichen Umwelt der Menschen – das Prinzip Nachhaltigkeit.<sup>10</sup> Diese Prinzipienlehre und die daraus abzu-

leitenden sozialpolitischen Folgerungen galten als gemeinsamer Referenzrahmen der Christlich-Sozialen, und sie waren maßgeblicher Inhalt der verbandlichen Bildungsprogramme der KAB und weiterer christlicher Sozialverbände.

Herausgefordert durch die untragbaren sozialen Zustände, durch die himmelschreienden Ungerechtigkeiten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt hat sich eine andere Soziallehre herausgebildet, entstanden aus der südamerikanischen Befreiungstheologie<sup>11</sup> und orientiert an den prophetischen und befreienden Botschaften des Alten und des Neuen Testaments. Der Glaube an Gott kann nicht abgekoppelt werden vom Engagement für die Rechte der Menschen und für die soziale Gerechtigkeit.<sup>12</sup> Der Glaube an den befreienden Gott nimmt seinen Ausgang vom Urwort der Gerechtigkeit, das Gott zu Moses spricht: „Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen, und ihre laute Klage über ihre Antreiber habe ich gehört. Ich kenne ihr Leid. Ich bin herabgestiegen, um sie aus der Hand der Ägypter zu entreißen und aus jenem Land hinazuführen in ein schönes weites Land“ (Ex. 3,7). Gott zeigt seine Gerechtigkeit so, dass er nicht bloß feststellt, was Recht und was Unrecht ist, sondern dass er den Rechtlosen Recht verschafft und die Gewalttätigen ins Unrecht setzt. Das Neue Testament berichtet von der Ankunft und dem Wirken des befreienden Gottes in dieser Welt. Damit wird bezeugt, dass das Reich Gottes, das auch das Reich der sozialen Gerechtigkeit ist, nicht erst am Ende der Zeiten beginnt, sondern in Christus schon angebrochen (wenngleich noch nicht vollendet) ist und hier und heute von uns verlangt, in der Nachfolge Christi Mitverantwortung an der Schaffung gerechterer und besserer Verhältnisse zu übernehmen.

Die KAB hat sich in ihren Beschlüssen auch diese Sichtweise christlicher Sozialverkündigung zu Eigen gemacht und versteht sich deshalb als „Bewegung für soziale Gerechtigkeit“. Gleichwohl leben die naturrechtliche Tradition der katholischen Soziallehre und eine stärker bibeltheologisch inspirierte christliche Sozialverkündigung in der KAB nebeneinander.

Da in Fragenkatalogen immer wieder nach Kontroversen und Konfliktlinien bei den Christlich-Sozialen und in ihrem Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft gefragt wird, möchte ich noch einige Punkte kurz benennen, die mir im Laufe meiner Arbeit bei der KAB begegnet sind und die noch heute aktuell sind.



Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand war als grundsätzliche Forderung seit der Nachkriegszeit nie umstritten. Vermögensbildung galt immer als eine Forderung der sozialen Partnerschaft, des Ausgleichs der ungleichen Vermögensverhältnisse, als Beitrag zur sozialen Absicherung der lohnabhängig Beschäftigten. Differenzen traten auf bei der Beurteilung von Wahlmöglichkeiten für die Anlage von Produktivkapital, vor allem aber bei Klärung von Verfügungsrechten. Personale, oft als individualistisch diffamierte und kollektive Ansätze waren zu unterschiedlich. Deshalb ist m. E. der notwendige große Wurf noch nicht gelungen.

Schon früh hat die KAB die Forderung nach einer Unternehmensverfassung aufgestellt, die auf der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital gründet. Das Unternehmen – so lautet der Grundgedanke – ist nicht eine Veranstaltung des rechtlich verfassten Kapitals, sondern konstituiert sich erst durch eine vom Gedanken der Parität, gemeinsam von Kapital und Arbeit getragene Verfassung. Mitbestimmung muss also nicht erst dem Kapital abgerungen werden, sondern sie ist selbstverständlicher Bestandteil einer Unternehmensverfassung. Die KAB hat in diesem Zusammenhang die laboristische Position, das heißt die Forderung nach dem absoluten Vorrang der Arbeit, aufgegeben und die sozialpartnerschaftliche Position der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital als gemeinsame Grundlage der Christlich-Sozialen gestützt, gestärkt und konsequent umgesetzt. Im Verfolgen dieses Grundgedankens ist die KAB maßgeblich von Pater Oswald von Nell-Breuning unterstützt worden.<sup>13</sup> Sehr zu dessen Missfallen ist die KAB in der Frage nach einer Unternehmensverfassung wegen der lange Zeit anhaltenden grundsätzlichen Bedenken des DGB nicht weitergekommen. Gleichwohl arbeitet heute meines Wissens eine Kommission der KAB unter Beteiligung des DGB an der Weiterentwicklung des vorliegenden Entwurfs für eine Unternehmensverfassung.

Gemeinsam mit anderen Sozialverbänden hat die KAB ein Rentenmodell entwickelt, nach dem die Altersversorgung sich zusammensetzen soll aus einer aus Steuermitteln finanzierten Sockelrente für alle Bürger, aus einer beitragsabhängigen Rente und aus einer betrieblichen/privaten Altersvorsorge. Die großen Parteien und auch der DGB verhalten sich in dieser Frage noch sehr reserviert. Doch ist die notwendige Überzeugungsarbeit gerade erst angelaufen.

## FAZIT

Was bleibt nach dem Gesagten als Fazit, ein Fazit aus der Sicht eines ehemaligen Hauptamtlichen bei der KAB?

- Die alte christlich-soziale Blockbildung löst sich auf. Was an ihre Stelle tritt, ist noch offen. Aber es wird etwas Neues sein müssen, weil die alten Akteure den gesellschaftlichen Entwicklungen Tribut zollen (müssen).
- Die Frage der gewerkschaftlichen Option ist grundsätzlich geklärt. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft hat sich durchgesetzt. Auseinandersetzungen zwischen DGB-Gewerkschaften und Christlichen Gewerkschaften sind Nachhutgefechte, die die KAB nicht mehr wirklich berühren.
- In der KAB wird der Pluralismus der parteipolitischen und der kirchenpolitischen Optionen zunehmen. Zu wünschen ist, dass dieser Pluralismus nicht lähmt, sondern produktiv wirkt im Interesse der Mitglieder und ihrer Ziele und Vorhaben in Staat, Kirche und Gesellschaft. Eine Folge dieses Pluralismus kann durchaus ein geringeres gewerkschaftliches Engagement von KAB-Mitgliedern sein.
- In der KAB wird der Gedanke der Bewegung gegenüber dem Gedanken des streng verfassten Verbandes an Bedeutung gewinnen. Für die einen ist dies das Aufgeben lange gelebter Verbandskultur, für die anderen ist dies die Rückkehr zu den Wurzeln der KAB. Die Erfolge der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, der Eine-Welt-Bewegung, der Öko-Bewegung leuchten immer mehr Verbandsmitgliedern ein und bewirken die Veränderungen in den verbandlichen Strukturen und Positionen. Die KAB öffnet sich im Gefolge dieser Entwicklung der Zusammenarbeit mit Initiativen wie attac oder Greenpeace.
- Damit wandelt sich auch das Politikverständnis in der KAB. Die große Politik wird zunehmend als fern und abstrakt empfunden, als nicht vermittelbar und nicht mehr beeinflussbar. Wichtiger wird die Gestaltung kleiner, erfahrbarer Lebensräume. Die KAB muss achtgeben, dass nicht das eine zugunsten des anderen vernachlässigt wird oder gar aufgegeben wird. Die Menschen leben alle in der einen Welt, die gerecht gestaltet werden muss.
- Stärkere gesellschaftliche Ausdifferenzierung, Öffnung hin zu einem stärkeren Pluralismus auch in den eigenen Reihen, die grundsätzliche Option für die Anderen, die Armen als Folgerung aus der befreienden Botschaft des Evangeliums: Das alles macht das Suchen nach gemeinsamen Positionen für all diejenigen nicht einfacher, die sich bisher zu den Christlich-Sozialen rechneten. Sicher muss unter den so verän-

dernten gesellschaftlichen Bedingungen die Bündnispolitik bei den Christlich-Sozialen überprüft werden: untereinander, aber auch im Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft.

Zum Schluss sei noch anekdotisch angemerkt: Als ich 1981 bei der KAB begonnen habe, war es dort weithin üblich, eine Ansprache, eine Rede, ein Referat mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit!“ zu beschließen. Heute ist dieser Segensgruß bei der KAB fast ganz vergessen.

Gleichwohl ist die KAB noch immer christlich-sozial.

- 1| Zur Geschichte der KAB vgl. Jürgen Aretz: *Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband Katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923–1945*, 2. Aufl., Mainz 1982, Ders.: *Katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften. Zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung*, in: Anton Rauscher (Hg.): *Der soziale und politische Katholizismus in Deutschland 1803–1963*, Bd. 2, München 1982, S. 149–214; Ders.: *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)*, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 572f.
- 2| Vgl. Punkt 21 bis 26, in: *Grundsatzprogramm der KAB. Beschluß des 9. Bundesverbandstages der KAB vom 18.–20. Oktober 1996 in Bad Honnef*, hg. von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Bornheim 1996.
- 3| Vgl. Rudolf Uertz: *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–52.
- 4| Josef Frings: *Grundsätze katholischer Sozialarbeit und zeitnahe Folgerungen*, Köln 1947; die Schrift wurde von dem Sozialethiker, dem Dominikaner Eberhard Welty, Albertus-Magnus-Akademie, Walberberg bei Köln, redigiert, der ein wichtiger Ratgeber der Christlich-Sozialen nach 1945 war. Bedeutsam waren auch die Schrift von Eberhard Welty: *Was nun? Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Brühl 1945 sowie die ebenfalls von ihm redigierte Publikation: Josef Frings (Hg.): *Verantwortung und Mitverantwortung in der Wirtschaft. Was sagt die katholische Gesellschaftslehre über Mitwirkung und Mitbestimmung?* Köln 1949.
- 5| Zum Gewerkschaftsstreit von 1900 bis 1914, bei dem es um den innerkirchlichen bzw. innerkirchlichen Streit zwischen Befürwortern und Gegnern interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften ging, vgl. Oswald von Nell-Breuning: *Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende*, in: Peter von Oertzen (Hg.): *Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag*, Frankfurt a. M. 1967, S. 19ff.
- 6| Vgl. Rudolf Uertz: *Christliche Arbeiterbewegung*, in: Becker (wie Anm. 1), S. 469f.
- 7| Vgl. Michael N. Ebertz: *Kirche zwischen individueller Wahl und gruppenspezifischen Verbindlichkeiten. Ergebnisse einer neuen Milieu-Studie*, in: Herder-Korrespondenz. Monatshefte für Gesellschaft und Religion 60 (2006), S. 173–177.

- 8| *Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ (1965)*, in: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente, mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning/Johannes Schasching*, hg. von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), 9. Aufl., Köln 2007.
- 9| Vgl. Punkt 20, in: *Grundsatzprogramm der KAB (wie Anm. 2)*.
- 10| Vgl. Markus Vogt: *Was ist „Nachhaltigkeit“?*, in: *Kirche und Gesellschaft* (338 (2007), S. 1–16.
- 11| Raúl Fornet-Betancourt: *Die lateinamerikanische Theologie und Philosophie der Befreiung. Ihr Beitrag zur Entwicklung einer befreienden Kultur heute*, in: Ludwig Bertsch/Martin Evers/Marco Moerschbacher (Hg.): *Viele Wege – ein Ziel. Herausforderungen im Dialog der Religionen und Kulturen. Festgabe für Georg Evers zum 70. Geburtstag*, Freiburg i. Br. 2006, S. 97ff.
- 12| *In diesen Kontext gehört auch die sogenannte neue Politische Theologie, wie sie in Deutschland Johann B. Metz: Zur Theologie der Welt, Mainz 1968, in der nachvatikanischen Phase entwickelt hat; die Politische Theologie steht teilweise im Kontrast zur katholischen Sozialethik, deren Gedankengut die Politische Theologie und die Theologie der Befreiung nur sehr bedingt aufnehmen; vgl. Oswald von Nell-Breuning: „Politische Theologie“ – einst und jetzt*, in: *Stimmen der Zeit* 186 (1970), S. 234ff.
- 13| Vgl. Oswald von Nell-Breuning: *Arbeit und Mitbestimmung*, in: Anton Rauscher (Hg.): *Mitbestimmung. Referate und Diskussion auf der Tagung katholischer Sozialwissenschaftler 1968 in Mönchengladbach*, 2. Aufl., Köln 1969, S. 19ff.; Ders.: *Eigentum, Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Mitbestimmung*, Frankfurt a. M. 1975.

# WEGE, EINFLUSSMÖGLICHKEITEN UND PROBLEME CHRISTLICH-SOZIALER IM DGB

*Volker Scharlowsky*

Die folgende Abhandlung konzentriert sich auf die Darstellung der Arbeit und Entwicklung der Christlich-Sozialen im DGB. Gegliedert ist meine Übersicht in vier Abschnitte, wobei ich mich vier Fragenkreisen widme: 1. Wer ist christlich-sozial? Wie ist diese Gruppe zu definieren? Wie umfangreich ist sie? 2. Welche organisatorische Struktur und Entwicklung ist zu verzeichnen? 3. Wie hat sich die Gründung der Christlichen Gewerkschaften ausgewirkt? 4. Welchen Einfluss haben Christlich-Soziale im DGB? Schließlich sollen zum Schluss Anmerkungen zum Forschungsstand gemacht werden. Meine Betrachtungen sind Teil einer Vorstudie, die ich im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts zur Arbeit und zum Selbstverständnis christlich-sozialer Gewerkschafter im DGB durchführe.

Bei den Betrachtungen über die Christlich-Sozialen im DGB muss man vorausschicken, dass es den DGB als gefestigte Struktur letztlich immer nur in kurzen Sequenzen gab. Relativ beständig ist dabei die Mitgliederstruktur. Grundsätzliche Probleme zeichnen sich dadurch spätestens in der 1970er Jahren ab.

Der Wandel in der Beschäftigtenstruktur wird nicht ausreichend berücksichtigt; es entsteht die sogenannte Angestelltenlücke, wobei Frauen insgesamt unterorganisiert sind. Die Struktur der DGB-Gewerkschaften wird überproportional von ungelerten und angelernten Kräften sowie männlichen Facharbeitern dominiert.

Für die Gewerkschaften hat das zur Folge:

- die faktische Zahlungsunfähigkeit einzelner Mitgliedsorganisationen wie z. B. der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Gewerkschaft Leder in den 1970er Jahren;
- der Zusammenbruch der gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in den 1980er Jahren;
- der Umstand, dass der Organisationsbereich Medien lange nur als Dachorganisation mehrerer Verbände fungierte.

Weitere signifikante Veränderungen bezüglich der DGB-Gewerkschaften – von den Auswirkungen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen auf die Gewerkschaften abgesehen – wären hier zu nennen.

Als die längste Phase stabiler Entwicklung, die wohl auch mit einer relativen personellen Kontinuität in den Führungsfunktionen einhergeht, kann man meines Erachtens die Gründungs- und Konsolidierungsphase des DGB auf Bundesebene nach 1949 ansehen. Vorangegangen war der Gründung des DGB für die Bundesrepublik das Scheitern der gewerkschaftlichen Interzonenkonferenzen (1946–1949). Diese waren vom SED-dominierten Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zum Scheitern gebracht worden, nachdem sich die wirtschaftlichen und politischen Positionen der drei Westmächte einerseits und der Sowjetunion andererseits als unvereinbar erwiesen (Marktwirtschaft versus Planwirtschaft). In die Phase der Konsolidierung des DGB fielen auch der Auszug der 1955 neu gegründeten Christlichen Gewerkschaftsbewegung (seit 1959: Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, CGB) und die Aufnahme christlicher Bergbau- und Metallgewerkschafter in die DGB-Gewerkschaften im Jahre 1957. Diese Phase stabiler Entwicklung läuft in etwa 1982 nach den DGB-Bundeskongressen zum Beschluss des Grundsatzprogramms und der Wahl der Nachfolger von Heinz Oskar Vetter und Maria Weber aus.

Es folgen – bedingt vor allem durch finanzielle und organisationspolitische Probleme – die langsame Umstrukturierung der Organisation von seinerzeit 16 auf heute acht Einzelgewerkschaften sowie die Aufnahme der ostdeutschen Gewerkschaftsmitglieder in die DGB-Gewerkschaften (1990/91) und die Aufnahme der DAG-Mitglieder in die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Jahre 2001.

Mit der beginnenden Konkurrenz durch Sparten- oder Funktionsgewerkschaften wie der Vereinigung Cockpit, dem Marburger Bund und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer gerät zwar nicht der Gedanke der Einheitsgewerkschaft, wohl aber das mit dem DGB eng verbundene Organisationsprinzip der Industriegewerkschaft unter Druck.

### WER IST CHRISTLICH-SOZIAL?

Wie definieren wir die Gruppe der Christlich-Sozialen und wie groß ist sie? Das Problem ist zunächst: Es gibt keine verbindliche Definition und keine klare Zuordnung durch Mitgliedschaft. Wir kennen auch keine „Selbstanzeige“, etwa nach dem Modell der österreichischen „Fraktion Christlicher Gewerkschafter“ im ÖGB. Demzufolge sind seit Gründung der Einheitsgewerkschaft keine verbindlichen Zahlen zu ermitteln. Es lassen sich allenfalls die im weiteren Sinne als prominent zu bezeichnenden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen nach ihrer parteipolitischen Präferenz einteilen, so etwa die Geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder des DGB. Bis jetzt sind dies seitens der Christlich-Sozialen mit Unions-Mitgliedschaft 11 von 42, also knapp ein Viertel des Geschäftsführenden Bundesvorstands, von denen der größte Teil zugleich das Amt eines Stellvertretenden Vorsitzenden ausübte bzw. ausübt.<sup>1</sup> Hier wurde die Parteizugehörigkeit als Maßstab genommen. Aber schon dieses Beispiel zeigt: Es müssen Indizien und weitere Aspekte mit einbezogen werden, um die angeschnittene Frage zu klären.

Zwei weitere Zahlen seien hier angeführt: Bei einer Konferenz christlich-sozialer Funktionäre im Herbst 1953 in Essen wurden 600 Teilnehmer gezählt; allerdings beruhen diese Angaben auf einer unsicheren Quelle; auch war es mir nicht möglich, eine Teilnehmerliste dieser Veranstaltung einzusehen. Pater Herbert Reichel, der als Berater der „Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB“<sup>2</sup> fungierte, errechnete einmal 280 Funktionäre, die zum Kreis der Christlich-Sozialen gehören. Aber auch diese Angaben können nicht belegt werden.

Anke Hassel von der Hertie School of Governance (Berlin) hat darauf hingewiesen, dass beim DGB und den Einzelgewerkschaften seit den 1950er Jahren der Anteil christlich-sozialer Vorstandsmitglieder von 20 Prozent auf ca. 7 Prozent gesunken sei.<sup>3</sup> Diese Zahlen, die Anke Hassel unter anderem 2006 bei einer ver.di-Tagung vorgestellt hat, sind allerdings nicht ausreichend belegt.

Ich wende mich jetzt der Basis zu: 1947 errechnete Matthias Föcher anhand der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften von 1928 einen Anteil „nichtsozialistischer Mitglieder“ von fast 3,6 Millionen; das waren 44 Prozent der DGB-Gewerkschaften.<sup>4</sup> Föcher stellte seine Berechnungen bei der Ersten Reichstagung der Sozialausschüsse 1947 in Herne vor, wobei er davon ausging, dass sich ein erheblicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder aus den ehemaligen Richtungsgewerkschaften speiste.

Nach DGB-Erhebungen wählen je nach Statusgruppe zwischen 20 Prozent und 35 Prozent der organisierten Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen längerfristig die Unionsparteien CDU und CSU;<sup>5</sup> diese Wähler sind demnach potenziell der Gruppe der Christlich-Sozialen mit gewerkschaftlichen Ambitionen zuzurechnen. Während es in der Gründungsphase weitgehend einsichtig schien, welche Arbeitnehmer der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Richtung zuzurechnen sind und wer für sie spricht, wird diese vermeintliche Klarheit in der Folgezeit offenbar zweifelhaft. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass kirchlich orientierte Kreise in dem Maße wie früher zu den Positionen von CDU und CSU neigen. Zurückgehende Aktivitäten von Christlich-Sozialen im DGB lassen jedoch nicht unbedingt auf sinkende Mitgliederzahlen schließen, wie dies Langzeituntersuchungen belegen.

Zwei Probleme kann man daraus ablesen:

- Ob und auf welche Weise Christlich-Soziale in der Lage waren und sind, gegebenenfalls auch gegen die mehrheitlich sozialdemokratisch orientierte Kollegenschaft personalpolitische oder inhaltliche Strategien zu verfolgen, ist nicht erkennbar.
- Die offenbar schwindende personelle Repräsentanz könnte zu einer Form von Einheitsgewerkschaften führen, die einen nicht mehr repräsentationsfähigen christlich-sozialen Anteil vertreten sollen.

## **WELCHE ORGANISATORISCHE ENTWICKLUNGEN SIND ZU VERZEICHNEN?**

Die Organisierung der Christlich-Sozialen im DGB hat mehrere Phasen durchlaufen, bis sie nach 1960 die heutige Form der „Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter“ als Teil der CDA erreicht hat. In der ersten Gewerkschaftsgeneration, die sich noch in beträchtlichem Maße aus einstigen Mitgliedern der Richtungsgewerkschaften von vor 1933 zusammensetzte, übernahmen erfahrene ehemalige christliche Gewerkschaftsfunktionäre die Aufgabe der Artikulation und Vertretung christlich-sozialer Interessen. Zu den anschließenden Organisationsbestrebungen rechne ich die Kollegenschaft, die Sekretärsvereinigung, einzelne Aufrufe zur Bildung einer Fraktion im DGB, ferner auch den Düsseldorfer Sekretärsstammtisch, der auch als „Trude Raus Stammtisch“ bekannt geworden ist. Dieser dürfte wohl der langlebigste christlich-soziale Treffpunkt gewesen sein.

Die DGB-Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Sozialen war niemals vollständig flächendeckend, auch wenn diese früher breiter und dichter organisiert war als heute, was man sehr gut anhand der Geschäftsberichte von Maria Weber nachlesen kann. In diesen ist teilweise detailliert aufgelistet, wie die Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften, in den DGB-Bezirken und teilweise auch örtlich in Arbeitsgemeinschaften organisiert waren.

### **Individuelle Betreuung und Förderung christlich-sozialer Kolleginnen und Kollegen**

Es ist auffällig, dass der individuelle Aufwand bezüglich der Betreuung und Förderung der Christlich-Sozialen sich im Laufe der Jahre erheblich reduzierte und – ich vergleiche dies mit meinen eigenen Erfahrungen im DGB – die Kontakte mit Personen außerhalb der innergewerkschaftlichen Gremienarbeit beträchtlich an Bedeutung verloren haben. Gleichzeitig verflüchtigten sich auch im weltanschaulich-kirchlichen Umfeld Aktivitäten und Verbindungen, die die Förderung der Gewerkschaftsarbeit zum Ziel hatten.

Christlich-soziale Gewerkschafter wie Albert Keil, Klaus-Dieter Zemlin, Irmgard Blättel und andere haben berichtet, wie sie in den späten 1940er und 1950er Jahren in kirchlichen Jugendgruppen für den Gewerkschafts-

beitritt geworben oder in betrieblichen Konfliktsituationen von Kirchenvertretern an die Gewerkschaft verwiesen wurden. Diese Wege der Christlich-Sozialen zum DGB waren früher offenbar keineswegs untypisch. Kirchliche Aktivitäten und Verbandsarbeit wurden so oft zum Vorfeld von Gewerkschaftsarbeit.

Anhand der Akten des DGB-Abteilungsleiters Karl Braukmann kann man eindrücklich erkennen, mit welchem Aufwand in den 1950er und 1960er Jahren einzelne christlich-soziale Kollegen von erfahrenen älteren Kollegen betreut und auf ihre Arbeit vorbereitet wurden. Über Jahre hinweg hat Braukmann einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitszeit für solche Aktivitäten aufgewandt. Bemerkenswert sind auch Interventionen von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Personalangelegenheiten einzelner Gewerkschaften.<sup>6</sup> Hinweise auf parteiübergreifende Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsarbeit, so zum Beispiel „Verstöße gegen die Einheitsgewerkschaft“ oder die Auseinandersetzungen um die Vorgeschichte und Gründung der Christlichen Gewerkschaften in den 1950er Jahren finden sich ebenfalls in den Dokumenten. Karl Braukmann hat sich auch in zahlreichen Veranstaltungen ausführlich zu Grundsatzfragen des DGB und der Einzelgewerkschaften aus christlich-sozialer Sicht geäußert. Wenn ich das mit meiner eigenen Arbeit während der Zeit als Abteilungsleiter vergleiche, so liegen Welten zwischen den früher üblichen Rekrutierungs- und Betreuungsaktivitäten der Christlich-Sozialen im DGB und den gegenwärtig üblichen Arbeitsweisen und Kommunikationsnetzen.

### **Schulungsangebote**

Bis in die 1980er Jahre hinein finden wir auch zahlreiche Schulungsangebote, die sich mit der schwieriger werdenden Nachwuchsfrage und auch der immer problematischer werdenden Qualifizierung der Bewerber befassen. Diese Dokumente betreffen insbesondere die personelle Arbeit und Rekrutierung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Königswinter. Ferner geben die Akten Auskunft über Einrichtungen wie das vom Erzbistum Köln getragene Katholisch-Soziale Institut (KSI) in Bad Honnef, das zwischen 1952 und den 1990er Jahren in Verbindung mit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Jahreskursen Christlich-Soziale zu Sozialsekretären ausbildete, von denen viele auch im Gewerkschaftsbereich tätig waren. Ein Teil der christlich-sozialen Gewerkschafter im DGB erhielt auch seine Ausbildung an der „Akademie für Arbeit“ in Frankfurt am Main sowie an der „Akade-

mie für Gemeinwirtschaft“ in Hamburg (seit 1961 „Akademie für Wirtschaft und Politik“) und anderen Sozialakademien des DGB. Etliche wählten auch den Weg über eine Assistententätigkeit, wie sie etwa an der DGB-Schule Bad Kreuznach angeboten wurde. Diese bot die Möglichkeit, sich für die Gewerkschaftsarbeit zu qualifizieren, um anschließend eine hauptamtliche Tätigkeit im DGB ausüben zu können. Damit habe ich in Umrissen die Förderungsstruktur erläutert und anhand von Beispielen die Ausbildungsgänge und Tätigkeiten politischer Sekretäre oder Wahlangelegter vorgestellt.

### **WIE HAT SICH DIE GRÜNDUNG DER CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTEN AUF DIE CHRISTLICH-SOZIALEN IM DGB AUSGEWIRKT?**

Zusammenfassend könnte man die Wirkungen der Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung bzw. des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) seit Mitte der 1950er Jahre auf die Rolle und Identität der Christlich-Sozialen im DGB wie folgt umschreiben: Zunächst waren die Christlich-Sozialen verunsichert; es folgte eine klärende Phase, die schließlich zur Festigung ihrer Positionen im DGB führte. Offenbar aber waren – wie die bisher von mir durchgeführten Interviews von Zeitzeugen ausweisen – die innergewerkschaftlichen Wirkungen weniger prägend als angenommen. Allerdings: Die „katholische Linie“ der Christlich-Sozialen im DGB – die Evangelische Kirche hat sich anders als die Katholische Kirche unzweideutig zur Einheitsgewerkschaft bekannt – war seither zahlenmäßig geschwächt. Darüber hinaus stellten sich strukturelle Probleme ein.

Die christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter, so ist jedenfalls mein Eindruck, rückten als Gruppe näher an die parteipolitisch orientierten Christlich-Sozialen in der CDA heran. Ausdruck dieser Entwicklung ist die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter“ im Jahre 1959, die, wie gesagt, Teil der CDA ist. Seit dieser Zeit haben sich auch die bis dahin wesentlich engeren Verbindungen von katholischer Kirche bzw. kirchlichen Vereinen und den christlich-sozialen Gewerkschaftern verflüchtigt.

Die wichtigste innergewerkschaftliche Folge (die womöglich von der CGB-Gründung unbeeinflusst ist) scheint mir eine größere Toleranz zu sein, wie dies die Auseinandersetzungen um den § 218 StGB innerhalb



des DGB zeigen. Am Beispiel von Irmgard Blättel, die in den 1980er Jahren in dieser Angelegenheit als einziges DGB-Vorstandsmitglied gegen die mehrheitliche Position des DGB gestimmt hat, lässt sich dies zeigen. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, dass es gerade in den langwierigen Auseinandersetzungen um die DGB-Position zum Schwangerschaftsabbruch gemäß § 218 StGB letztlich gelang, eine Linie von Respekt und Toleranz gegenüber den von der Mehrheitsposition abweichenden Überzeugungen zu etablieren.

### **WELCHEN EINFLUSS HABEN DIE CHRISTLICH-SOZIALEN?**

Offenbar wurde und wird der christlich-soziale Teil innerhalb wie auch außerhalb der DGB-Gewerkschaften als kritische Größe mit möglichem Einfluss eingeschätzt. Ich möchte dazu einige Beispiele aus unterschiedlichen Perspektiven anfügen. So hat etwa der Publizist Martin Stankowski die Politik der christlich-sozialen Gewerkschafter aus einer dezidiert linken Sicht kritisiert: Die Christlich-Sozialen hätten geholfen, die Politik der Gewerkschaftsvorstände zu legitimieren; damit hätten sie „entscheidend zur Entpolitisierung der Gewerkschaften“ beigetragen. Sozialistische Zielvorstellungen seien durch sie ausgehebelt worden, wodurch die Kämpfe für die Lohnabhängigen ausgefallen seien.<sup>7</sup>

Maria Weber dagegen bezeichnete die Position der Christlich-Sozialen im DGB als „Zwitterstellung“, insofern diese als katholische Gewerkschafter einerseits und CDU-Mitglieder andererseits oft gegensätzlichen Erwartungen zu entsprechen hätten. „Den einen sind wir zu ‚schwarz‘, den anderen zu ‚rot‘“ – so lautet ein weit verbreitetes Stereotyp, das die Situation der Christlich-Sozialen und ihr Spannungsverhältnis zwischen Union und DGB veranschaulicht.<sup>8</sup> Andere mussten wegen ihrer gewerkschaftlichen Haltung Ausschlussverfahren über sich ergehen lassen, wie sie etwa Bernhard Tacke, Gustav Fehrenbach und anderen Christlich-Sozialen im DGB widerfahren sind.<sup>9</sup>

Horst Kowalak berichtet 1981 von einem Gespräch mit Vertretern der katholischen Kirche und der christlichen Sozialethik: „Wir waren dann an dem Punkt angekommen, wo Hengsbach die Frage stellte, wie wir denn belegen könnten, daß wir christliche Soziallehre und Sozialethik in den DGB eingebracht hätten. (...) am Abschluss dieses sehr kurzen Gespräches formulierte Herr Klein noch einmal, was seine Erwartung ist: Er sei interessiert am Einbringen der Christlichen Soziallehre in die

Gewerkschaften, und zwar ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeiten.“<sup>10</sup> Die anwesenden christlich-sozialen Gewerkschafter scheinen dieses Ansinnen der katholischen Sozialethiker als eine ausgesprochen kritische, wenig solidarische Bewertung ihrer Arbeit verstanden zu haben.

Die Christlich-Sozialen waren offenbar von verschiedenen Seiten einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt, wobei sie sich – wie die Gesprächsnotiz mit Vertretern der katholischen Sozialethik zeigt – auch dem Verdacht der Unzuverlässigkeit ausgesetzt sahen, weil sie öfters nicht die von ihnen erwarteten gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Positionen mittragen wollten.

Es scheint jedoch, dass der innergewerkschaftliche und politische Einfluss der Christlich-Sozialen längere Zeit größer gewesen ist, als dies aufgrund der Mitgliederzahlen der CDA-Gewerkschafter zu erwarten gewesen wäre.

### **Arbeitsfelder der Christlich-Sozialen**

Übereinstimmend haben von mir interviewte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wesentliche Teile ihrer Arbeit als nicht spezifisch christlich-sozial angesehen. „Es gibt keine christlich-soziale oder sozialdemokratische Tarifpolitik“, so hat ein Befragter dies formuliert und dabei betont, dass die Christlich-Sozialen ihre Gewerkschaftsarbeit so gut wie alle anderen gemacht hätten.

Welche Arbeitsfelder haben die Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften zu betreuen? Häufig obliegen den christlich-sozialen Vorstandsmitgliedern die Zuständigkeiten für berufliche Bildung und Handwerk, wie dies zum Beispiel bei der IG Metall in der Regel der Fall ist. Im Bundesvorstand des DGB betreuen sie seit dessen Gründung fast ununterbrochen die Bildungsarbeit. Dagegen sind die Mitbestimmungspolitik und Vermögensbildung, wiewohl sie ursprünglich christlich-soziale Handlungsfelder waren, in der Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich keine Arbeitsfelder der christlich-sozialen Vorstandsmitglieder, deren Einfluss daher begrenzt ist.

### **„Einflusszonen“**

Andererseits gilt, dass im Bereich der Lobbyarbeit und der verbandspolitischen Kontaktpflege die Parteizugehörigkeit eine beachtliche Rolle spielt oder spielen kann: Beispielsweise haben ehemalige Vorstandsmitglieder

in Interviews angegeben, dass sie in Fragen, die für ihre Gewerkschaft von Bedeutung sind, die parlamentarischen Kontakte auf verschiedene Kontaktleute aufgeteilt haben. Die Sozialdemokraten sprechen vor allem SPD-Abgeordnete an, die Christdemokraten zumeist Mitglieder der Unionsfraktion – ein Verfahren, das auch heute noch praktiziert wird und das auch von den Abgeordneten fast durchweg so erwartet wird. Man könnte sagen, diese Aufteilung sei die praktische Anwendung des Leitsatzes, dass gerade die Einheitsgewerkschaft in der Lage sein muss, mit jeder demokratischen Regierung zu sprechen.

Ein letztes Beispiel für signifikante „Einflusszonen“ sei genannt: Die innergewerkschaftliche Toleranz und Bereitschaft, sich in bestimmten, betont weltanschaulichen Fragen vorsichtig zu äußern, dürfte in einer Einheitsgewerkschaft ausgeprägter sein als in Organisationen mit geringerer ideologischer Spannweite. Im Übrigen ist nicht zu übersehen, dass die gewachsene Bereitschaft zur Toleranz mit die wichtigste Voraussetzung für die Gründung der Einheitsgewerkschaft war. So hat bereits Adam Stegerwald 1908 im „Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften“ über die sozialistischen Gewerkschaften geschrieben: „Sind die Verhältnisse in Deutschland so weit gediehen, daß sie sich von der Sozialdemokratie und ihren religionsfeindlichen Tendenzen emanzipiert haben, so liegt keine Ursache vor, diese separaten Gründungen aufrechtzuerhalten. Und es ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen mit anderen zu verschmelzen.“<sup>11</sup>

Zusammengefasst heißt dies: Die dauerhafte und immer wieder auf die Probe gestellte innergewerkschaftliche Toleranz in weltanschaulichen Fragen ist nicht nur eine Einflusszone, sondern sie ist vielmehr die Basis für die Einheitsgewerkschaft. Neben der fachlichen und organisatorischen Tagesarbeit, die nicht unbedingt weltanschauliche Fragen berührt, sind Lobbyismus, Verbandsarbeit und Parteikontakte typische „zugeordnete“ Einflussbereiche und Arbeitsfelder der Christlich-Sozialen.

## SCHLUSSBEMERKUNGEN

Zum Schluss möchte ich einige Punkte nennen, die meine derzeitige Forschungsarbeit, die Durchführung und Auswertung von Interviews mit christlich-sozialen Gewerkschaftern, betreffen. Aus meiner Sicht fehlt eine verlässliche Gesamtdarstellung der Christlich-Sozialen ebenso wie eine sozialwissenschaftliche Untersuchung der Grundlagen und Bedin-

gungen der Einheitsgewerkschaft, wie dies Karl Lauschke schon vor einigen Jahren bemängelt hat.<sup>12</sup> Es fehlen ferner Dokumentationen und Materialsammlungen, die über die Rolle, die Aufgaben und die Funktionen der Christlich-Sozialen in den Gewerkschaften und bei der Ausgestaltung der Einheitsgewerkschaft und deren Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Auskunft geben. Es fehlen auch Biographien über die wichtigsten christlich-sozialen Repräsentanten im DGB. Immerhin: Eine Biographie über Maria Weber ist derzeit in Bearbeitung und dürfte in nächster Zeit fertig gestellt werden.<sup>13</sup>

Die neuere Literatur kennt die Christlich-Sozialen eigentlich noch als Zeitzeugen der Gründungsphase 1945 und im Zusammenhang mit der Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes in den 1950er Jahren (z. B. Wolfgang Schroeder mit seinen beiden Veröffentlichungen zur Gewerkschaftspolitik der Christlich-Sozialen zwischen DGB, Katholizismus und CDU). Es gibt außerdem einige wenige Sozialwissenschaftler und Sozialethiker, die sich mit dem Thema im weiteren Sinne, nicht jedoch bezogen auf die Gewerkschaften beschäftigen. Hingewiesen sei auch auf einzelne Institute wie z. B. die „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“ (AGCSE), die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach und einzelne Lehrstühle in Katholisch-Theologischen und Evangelisch-Theologischen Fakultäten, die sich dem christlich-sozialen Themenfeld widmen.

- 1| *Die christlich-sozialen Mitglieder im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB sind: Matthias Föcher, Thea Harmuth (beide 1949–1956), Bernhard Tacke (1956–1972), Maria Weber (1972–1982), Martin Heiß (1972–1980), Gustav Fehrenbach, Irmgard Blättel (beide 1982–1990), Ulf Fink (1990–1994), Regina Görner (1990–1999) sowie Ingrid Sehrbrock (seit 1999).*
- 2| *Vgl. Günter Buchstab: Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB, in: Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 462f.*
- 3| *Anke Hassel: Funktion und Funktionswandel der Gewerkschaften – vom Konflikt zur Kooperation und zurück? (Vortragsmanuskript) Berlin 2006.*
- 4| *Matthias Föcher: Unsere Stellung zu den deutschen Gewerkschaften, in: Landessozialausschuss der CDU (Hg.): Erste Reichstagung der gesamtdeutschen Sozialausschüsse der CDU/CSU in Herne in Westfalen am 28., 29. und 30. November 1947, Köln, 1948, S. 5f.*
- 5| *Vgl. die Bundestagswahlergebnisse von 2002 und 2005, in: Einblick. Gewerkschaftlicher Info-Service 17 (2002), S. 1ff. und 17 (2005), S. 1ff.*



- 6| In seinem Brief vom 26. September 1960 bittet Konrad Adenauer den Gewerkschafter Johannes Albers, mit der IG Metall über personelle Vertretung zu verhandeln; Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachlass Hans Zankl, 01-329-008/4.
- 7| Martin Stankowski: Kirche und Gewerkschaft, in: Yorik Spiegel (Hg.), Kirche und Klassenbindung. Studien zur Situation der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1974, S. 137–154; Ders.: Kirchen, Christlich-Soziale und Gewerkschaften, o. O., o. J., S. 30; Typoskript, in: DGB-Archiv/Sekr. Blätter/5/ DGCW000083.
- 8| Interview Maria Weber, in Wolfgang Schroeder: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990, S. 55.
- 9| Dazu gehören auch Hans Katzer (ÖTV) und Norbert Blüm (IG Metall).
- 10| Teilnehmer des Gespräches über katholische Soziallehre am 28.9.1981 in Hattingen waren: Albert Keil, Horst Kowalak, Heinrich Ahrenhoevel, Heinz Vorneweg, Karl-Heinz Vorbrücken aus dem DGB sowie Hans Ludwig (Freising), Prof. Heiner Ludwig (Gießen), Prof. Friedhelm Hengsbach (Frankfurt), Werner Krämer (Dortmund), Wolfgang Klein (Osnabrück); DGB-Archiv/Sekr. Blätter/5/ DGCW000039, Schriftverkehr/kath. Kirche/DGB/BVV/Abt. Bildung/Kollege Horst Kowalak, Gesprächsnotiz vom 5.10.1981.
- 11| Zitiert nach: Jakob Kaiser: Zur Frage der Gewerkschaftseinheit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), S. 1.
- 12| Karl Lauschke (Hg.): Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit. Prägung – Funktion – Leitbilder (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35), Essen 2006, S. 5.
- 13| Bearbeiter der Biographie ist Stefan Remeke.

## CHRONOLOGIE ZUR ENTWICKLUNG DER EINHEITSGEWERKSCHAFT

- 1848 Erste Gründungen christlich-sozialer Vereine und katholischer Arbeitervereine.
- 1882 Erste Gründungen evangelischer Arbeitervereine, die sich 1890 zu einem Gesamtverband zusammenschließen.
- 1900 Im deutschen Katholizismus entbrennt ein heftiger Streit über die Rolle interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften (bis 1914).
- 1901 Gründung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- 1919 Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands firmiert unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).
- 1933 Im April einigen sich die führenden Vertreter der Richtungs-gewerkschaften auf eine Zusammenarbeit; Anfang Mai werden die Gewerkschaften durch NS-Organen zerschlagen und bleiben im Widerstand aktiv.
- 1944 Gewerkschafter aller Richtungen werden in der NS-Zeit in Widerstandsgruppen aktiv; viele werden nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet oder zu Zuchthaus und Gefängnisstrafen verurteilt.
- 1945 Erste Gründungsversammlungen von Einheitsgewerkschaften auf lokaler Ebene, u. a. in Aachen und Köln.
- 1945/46 Christlich-soziale Gewerkschafter gründen die Sozialaus-schüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).
- 1947 Verabschiedung des Ahlener Wirtschafts- und Sozialpro-gramms der CDU der britischen Zone; Gründung des DGB der britischen Zone im Februar sowie weiterer Gewerkschafts-bünde in der amerikanischen und französischen Zone.
- 1948 Währungsreform und Inkrafttreten des Leitsatzgesetzes im Frankfurter Wirtschaftsrat; Einführung der Sozialen Marktwirt-schaft durch Ludwig Erhard.
- 1949 Nach Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepu-blik Deutschland im Mai sowie der Konstituierung des 1. Deut-schen Bundestages und der Bundesregierung im September findet im Oktober in München der Gründungskongress des DGB statt.

- 1951 Bundeskanzler Konrad Adenauer und DGB-Vorsitzender Hans Böckler einigen sich im Januar auf das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie. Die Ausdehnung auf andere Industriezweige lehnt die Bundesregierung als zu weitgehend ab.
- 1953 Der Wahlaufruf des DGB „Wählt einen besseren Bundestag“ wird in der CDU als Verletzung des Prinzips der parteipolitischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft kritisiert.
- 1954 Auf dem 3. DGB-Bundeskongress in Frankfurt/Main kritisiert Viktor Agartz, Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), die Marktwirtschaft und fordert „wirtschaftsdemokratische Kontrolle“ durch die Gewerkschaften. Bei den christlich-sozialen Gewerkschaftern ruft dies heftige Kritik hervor.
- 1955 Der katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning SJ kritisiert den „klassenkämpferischen Radikalismus“ von Viktor Agartz und warnt den DGB vor der Spaltung. Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD), die sich vier Jahre später zum Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) vereinigt.
- 1959/60 Gründung erster Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen.
- 1960 Mitglieder der „Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB“ treten „wegen mangelnder parteipolitischer Neutralität“ aus dem DGB aus. Die CDA-Gewerkschafter halten größtenteils an der Einheitsgewerkschaft fest.
- 1967 In der „Offenburger Erklärung“ entwickelt die CDA ein gesamtgesellschaftliches Grundsatzprogramm und fordert den Ausbau der Mitbestimmungsrechte.
- 1972 Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.
- 1976 Das von der Biedenkopf-Kommission konzipierte Mitbestimmungsgesetz tritt in Kraft; es regelt die betriebliche bzw. unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in Kapitalunternehmen.
- 1981 Das 3. Grundsatzprogramm des DGB bezeichnet erstmals den DGB als „gemeinsame Organisation freiheitlich-sozialistischer und christlich-sozialer Richtungen“.
- 1989 Der DGB führt anlässlich seines 40-jährigen Bestehens gemeinsam mit der CDA und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) in Hagen eine Konferenz durch. Im Zentrum der Diskussionen steht die Grenzöffnung der DDR.

- 1990/91 Der DGB lehnt nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine Fusion mit dem FDGB ab. Die in der DDR bzw. den neuen Ländern neu gegründeten Gewerkschaften treten bis zum Jahr 1991 den DGB-Gewerkschaften bei.
- 2008 Im ehemaligen KZ Sachsenhausen erinnert der DGB an den 75. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Michael Sommer, Norbert Blüm und andere gedenken der während der NS-Zeit ermordeten und verfolgten Gewerkschafter.

## AUTOREN UND HERAUSGEBER

*Prof. Dr. Küsters, Hanns Jürgen,  
Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin*

*Scharlowsky, Volker,  
M. A., 2001 bis 2006 Bereichsleiter Bildung, Qualifizierung und Forschung  
beim Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin*

*Sehrbrock, Ingrid,  
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin*

*Prof. Dr. Uertz, Rudolf,  
Referent in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin*

*Dr. Zimmermann, Joachim,  
1981 bis 2003 Verbandsbildungsreferent bzw. Verbandssekretär  
der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschlands;  
2004 bis 2007 Geschäftsführer der Kettelerhaus der KAB GmbH, Köln*